

Haushaltsplan 2025 und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe einstimmig beschlossen



Gemeinde Weingarten (Baden)

Weitere Informationen hierzu finden Sie auch auf der Homepage
www.weingarten-baden.de

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 Konsumtiv

Der Gesamthaushalt der Gemeinde Weingarten (Baden) 2025 in Zahlen			
Volumen des Gesamthaushaltes: 49,657			
Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt 39,871			
Erträge in Mio. €		Aufwendungen in Mio. €	
Steuern und Zuweisungen	27,081	Umlagen und Zuschüsse an übrige Bereiche	17,159
Gebühren, privatrechtliche Entgelte, sonst. Erträge	5,206	Personalausgaben	9,299
		Unterhaltung und Bewirtschaftung	4,976
Auflösungen Investitionszuwendungen	2,125	Abschreibungen	2,439
		Geschäftsaufwendungen, sonst. Aufwendungen	1,729
		Globaler Minderaufwand	-0,350
Summe ordentliche Erträge	34,410	Summe ordentliche Aufwendungen	35,253
		ordentliches Ergebnis (Fehlbetrag)	-0,842
außerordentliche Erträge	5,461	außerordentliche Aufwendungen	0,050
		Sonderergebnis (Überschuss)	5,411
		Gesamtergebnis (Überschuss)	4,568
Summe	39,871	Summe	39,871

Investiv

Ein- und Auszahlungen im Finanzhaushalt 49,657			
Einzahlungen in Mio. €		Auszahlungen in Mio. €	
Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	32,036	Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	32,863
Investitionszuschüsse	3,624	Vermögenserwerb	5,695
Einzahlung aus der Veräußerung Sachvermögen	7,697	Baumaßnahmen	9,815
Darlehensrückflüsse	2,000	Investitionszuschüsse	0,440
Kreditaufnahme	4,300	Schuldentilgung	2,766
		Änderung Finanzierungsmittelbestand	-1,922
Summe	49,657	Summe	49,657

nachrichtlich:

Schuldenstand zum 01.01.2024	23,473	Schuldenstand zum 31.12.2024	22,713
Schuldenstand zum 01.01.2025	22,713	Schuldenstand zum 31.12.2025	24,247

Weingarten (Baden) - Haushaltsrede 2025 von Bürgermeister Eric Bänziger

(es gilt das gesprochene Wort)



**Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger
und Vertreter der Presse,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Gemeindeverwaltung,**

die Beschlussfassung unseres Jahres-Budgetplans, dem sogenannten „Haushaltsplan“ mit den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, stellt im Jahresverlauf den Höhepunkt kommunalpolitischer Schwerpunktsetzung dar. Er zeigt auf, welche Prioritäten gesetzt sind und gibt der Verwaltung einen konkreten Auftrag.

Gerade für die bei der Kommunalwahl 2024 neu hinzu gekommenen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte war es ein Marathon, sich in die vielen Facetten der Vorlagen und Informationen einzufinden und sich ein eigenes Bild von unserem kleinen „Konzern“ namens Gemeinde Weingarten zu machen. Ich denke aber, dass nun alle sehr erfolgreich die finanzielle Lage, die zahlreichen Projekte und auch die kommunalpolitischen Positionen der verschiedenen Fraktionen



Gemeinde Weingarten (Baden)



Haushalts- und Wirtschaftsplanung 2025



verstehen und einschätzen können.

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung einerseits, aber auch durch die Umsetzung so mancher Rechtsansprüche andererseits, war der Haushalt 2025 nicht mehr auszugleichen. Beginnend mit einem Defizit von über 2 Mio. EUR waren zunächst verwaltungsintern und danach in den Gremien des Gemeinderates intensive Beratungen erforderlich, welche sich seit Oktober 2024 bis in den Januar 2025 hingezogen haben. Letztlich schließen wir bei einem Haushaltsvolumen von 49,7 Mio. EUR noch mit einem Defizit von 842.500 EUR ab.

Zusammen mit den Eigenbetrieben ergibt sich ein Gesamt-Budget-Volumen von 61,1 Mio. EUR, welches durch unsere Verwaltung 2025 umzusetzen ist.

Dabei ist die Arbeit der Verwaltung geprägt

- von der Umsetzung klimapolitischer Ziele und dem baden-württembergischen Weg der Grundsteuerreform, welche bei vielen Eigentümern auf Unverständnis trifft – weil sie unausgewogen umgesetzt wurde
- vom Ausbau unseres Sozialstaates, dessen finanzielle Lasten großteils von den Kommunen getragen werden und deren Umsetzung letztlich nur vor Ort bei uns in den Kommunen durch unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erfolgen kann – mit allen Problemen der Finanzierung - und des Fachkräftemangels – insbesondere in der Kinderbetreuung
- und durch das Auseinanderklaffen von Anspruch (des Gewohnten) und der Realität des heute noch Machbaren

Sehr bewusst stelle ich daher folgendes ein Zitat an den Anfang meiner Haushaltsrede:

„Was ist los in unserem Land?

Im Klartext: der Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche mentale Depression – das sind die Stichworte der Krise.

Sie bilden einen allgegenwärtigen Dreiklang, aber einen Dreiklang in Moll“

Können Sie sich erinnern?

Es stammt von unserem ehemaligen Bundespräsidenten **Roman Herzog aus dem**

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025

Haushaltssatzung Ergebnishaushalt

Zeile ErgHH	Ergebnishaushalt	2025	2026	2027	2028
11	ordentliche Erträge	34.410.000 €	34.814.200 €	36.187.100 €	37.627.900 €
19	ordentliche Aufwendungen	- 33.252.500 €	- 36.761.200 €	- 37.578.100 €	- 39.095.300 €
20	ordentliches Ergebnis	- 842.500 €	- 1.947.000 €	- 1.391.000 €	- 1.467.400 €
21	außerordentliche Erträge	5.460.700 €	3.304.000 €	464.500 €	2.676.100 €
22	außerordentliche Aufwendungen	- 50.000 €	- 50.000 €	- 50.000 €	- 50.000 €
23	Sonderergebnis	5.410.700 €	3.254.000 €	414.500 €	2.626.100 €
24	Gesamtergebnis	4.568.200 €	1.307.000 €	-976.500 €	1.158.700 €

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025

Übersicht der Leistungsfähigkeit der Gemeinde

Jahr	2025	2026	2027	2028
ordentliches Ergebnis	- 842.500 €	- 1.947.000 €	- 1.391.000 €	- 1.467.400 €
+ Abschreibung	2.439.200 €	2.418.200 €	2.344.100 €	2.398.700 €
./. Auflösung	2.124.900 €	744.500 €	1.256.600 €	1.690.900 €
./. aktivierte Eigenleistungen	300.000 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €
+ außerordentliches Ergebnis (ohne Grundstücksverkäufe)	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
= Liquidität aus dem Ergebnishaushalt	- 827.200 €	- 572.300 €	- 602.500 €	- 1.048.600 €
./. Tilgung	766.000 €	859.300 €	1.064.500 €	1.314.300 €
= Leistungsfähigkeit (bei positivem Ergebnis)	- 1.593.200 €	- 1.431.600 €	- 1.667.000 €	- 2.362.900 €
Zusätzliche Belastung Kreisumlage	1.500.000 €	2.750.000 €	2.750.000 €	3.050.000 €
Leistungsfähigkeit ohne gesteigerte Kreisumlage	- 93.200 €	1.318.400 €	1.083.000 €	687.100 €

Wirtschaftsplan der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2025

Feststellung des Wirtschaftsplans

1. Erfolgsplan	EUR
1.1 Gesamtbetrag der Erträge von	1.724.700
1.2 Gesamtbetrag der Aufwendungen von	-1.778.900
1.3 Veranschlagtes Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-54.200
2. Liquiditätsplan	EUR
2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	1.695.400
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	-1.198.100
2.3 Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	497.300
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	0
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-2.755.500
2.6 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-2.755.500
2.7 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-2.258.200
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	2.808.600
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-604.600
2.10 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	2.204.000
2.11 Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-54.200

Jahr 1997 aus der so genannten „Rück-Rede“.

Ich kann diese Rede uns allen - aber vornehmlich unseren Landes- und Bundespolitikern - nur ans Herz legen. Denn die gerade abgeschlossene Bundestagswahl zeigt eindringlich, dass die Menschen in unserem Land Veränderungen erwarten.

Die Rede enthält auch den Ruf nach weniger Bürokratie, nach mehr Eigenverantwortung und den Mut Zukunftsprojekte anzupacken. Eine bessere Überschrift könnte ich dem Haushalt 2025 nicht geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zeigt im Jahr 2024 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr, was auf konjunkturelle und strukturelle Belastungen hinweist. Auch zu Beginn des Jahres 2025 bleibt die wirtschaftliche Schwäche bestehen, mit einem Rückgang des BIP um 0,1 % im letzten Quartal 2024. Historisch betrachtet wuchs die Wirtschaft in Deutschland von 1950 bis 2022 im Durchschnitt um 3,1 % pro Jahr, jedoch hat sich das Wachstum in den letzten zwei Jahrzehnten auf nur 1,0 % pro Jahr verlangsamt.

Entsprechend haben wir in Weingarten die Einnahmen aus der Gewerbesteuer für 2025 mit 7,25 Mio. EUR gegenüber den Vorjahren **2023 - Ist 8,5 Mio. EUR** und **2024 - Plan 8,0 Mio. EUR** vorsichtig prognostiziert. Die Summe der Allgemeinen Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen gehen insgesamt von 25,2 Mio. EUR auf 23,9 Mio. EUR – also um 1,3 Mio. EUR zurück, während die Allgemeinen Umlagen von 9,5 Mio. EUR auf 11,5 Mio. EUR und folglich um 2 Mio. EUR steigen.

Dies macht eine **Differenz von - 3,3 Mio. EUR aus**. Mittel, welche der Gemeinde im Vergleich zum Vorjahr weniger zur Verfügung stehen.

Nachdem Herr Schneider die Planung so prägnant vorgetragen hat, möchte ich mich auf das Wesentliche beschränken:

1

Wir haben derzeit drei Bau-Projekte mit Projektsteuerern am Laufen, damit eine zeitnahe Umsetzung gewährleistet wird. Diese sind:

1.) Die Erschließung des **Baugebiets Kirchberg-Mittelweg** mit 14 Mio. EUR.

Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2025

Feststellung des Wirtschaftsplans

1. Erfolgsplan		EUR
1.1	Gesamtbetrag der Erträge von	2.523.800,00
1.2	Gesamtbetrag der Aufwendungen von	-2.378.800,00
1.3	Veranschlagtes Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	145.000,00
2. Liquiditätsplan		EUR
2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	2.385.400
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	-1.711.350
2.3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	674.050
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	0
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-4.535.000
2.6	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-4.535.000
2.7	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-3.860.950
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	4.727.600
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-721.650
2.10	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	4.005.950
2.11	Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	145.000

24

- 2.) Die Erschließung des **Gewerbegebietes Sandfeld** mit 8 Mio. EUR für die Innere und 2,2 Mio. EUR für die äußere Erschließung (Kreisel).
- 3.) Der **Neubau der Turmbergschule** auf dem Festplatz mit 60 Mio. EUR.

Die Umsetzung der Erschließungsmaßnahme **Kirchberg-Mittelweg** ist bereits am Laufen, sodass mit einem Abschluss der Maßnahme 2027 gerechnet werden kann. Die Eingriffe in die Landschaft sind erheblich, was jedoch den Beteiligten durchaus bewusst war, als 2008 der erstmalige Satzungsbeschluss erfolgte. Dass die Erschließungskosten sehr hoch sein werden, war ebenso bekannt. Hier fehlt allerdings noch die Berechnungsgrundlage zur Entscheidung über die Bildung von Abrechnungsabschnitten – der straßenweisen Abrechnung – oder von einer gemeinsamen Abrechnungseinheit, bei der alle Eigentümer den gleich hohen Erschließungsbeitragsatz zu zahlen haben. Erst danach kann die Verwaltung konkrete Auskunft über eine voraussichtliche Höhe der Erschließungskosten je Grundstück geben.

Auch die Erschließung für das **Gewerbegebiet Sandfeld** kommt ins Laufen. Gestern erfolgte die Bauvergabe an die Firma Reif, so dass bereits im nächsten Monat der Baggerbiss für die „Innere Erschließung“ – ohne Kreisel – erfolgen kann.

Mit den dann zum Verkauf stehenden 50.000 m² Gewerbefläche sollen Firmen aus Weingarten sowie neue Ansiedlungen bedient werden, welche Arbeitsplätze und Gewerbesteuer in die Gemeinde bringen. Dabei kann sich der Verkauf über mehrere Jahre hinziehen, um die passenden Gewerbebetriebe zu finden. Insofern sind die Einnahmen aus den Verkäufen

nur Großteils in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Die **Herausforderung** wird sicherlich das in der Geschichte der Gemeinde Weingarten aufwendigste Bauprojekt – der **Neubau der Turmbergschule** auf dem Festplatz.

Wir sind mit den Projektsteuerern dabei konsistente Daten zu ermitteln, welche einerseits auf dem Pädagogischen Konzept der Schulleitung und dem sich daraus abzuleitenden Raumbedarf beruhen sowie andererseits Baukosten und Finanzierungsmöglichkeiten nach Erfahrungswerten des Projektsteuerers und aufgrund konkreter Fördergespräche mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe zu ermitteln.

Das alles wird dem Gemeinderat im Laufe dieses Jahres vorgelegt, sodass das Projekt möglichst noch dieses Jahr mit der Planung und eventuell einem vorangestellten Architektenwettbewerb starten kann.

An dieser Stelle, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, braucht es den Mut zur Weichenstellung für die Zukunft unserer Bildungslandschaft und für die Kinder und Jugendlichen hier in Weingarten.

Dabei haben wir aber auch über die Grenzen von Weingarten hinaus zu blicken, da Stutensee nur noch eine Realschule und ein Gymnasium vorhält. Dadurch kommt unserer Gemeinschaftsschule im Schulbezirk eine bedeutendere Stellung zu. So wie unsere Kinder nach Stutensee auf die Schule gehen, werden künftig - ebenso selbstverständlich - Stutenseer Kinder und Jugendliche das Schulangebot unserer Gemeinschaftsschule wahrnehmen. Dabei ist es eigentlich fatal, dass es keinerlei Planungshorizont oder Vorgaben seitens des Schulamtes gibt. Planen und Machen müssen wir im Bereich Schule selbsttätig.

Naja, apropos „Machen“. Mittlerweile zeigt sich an vielen Stellen in unserer Gemeinde, dass wir die vergangenen Jahre genutzt und vieles „gemacht“ haben.

2

Unsere **Straßenbaumaßnahmen** zeigen mehrfach Wirkung. Die schwächeren Ver-

Bauliche Gemeindeentwicklung – Baugebiet Kirchberg-Mittelweg



Bauliche Gemeindeentwicklung – Gewerbegebiet Sandfeld



Neubau Turmbergschule auf dem Festplatz



kehrsteilnehmer haben den Raum erhalten, der für ein sicheres Gehen und Fahrradfahren erforderlich ist, die Umsetzung des Parkkonzeptes entfaltet seine Wirkung auf den Straßenraum, die Anzahl der Wasserrohrbrüche ist zurückgegangen und damit der Wartungsaufwand unseres Personals und auch der Fremdwassereintrag zur Kläranlage wurde verringert. Zudem kann künftig die Deutsche Glasfaser auf die vorhandene Leerrohrinfrastruktur zurückgreifen, sodass keine erneute Öffnung der Gehwege erforderlich wird.

Und wir machen weiter – 2025 mit dem mittleren Teil der Burgstraße sowie Stück für Stück mit den Seitenstraßen der Jöhlinger Straße im gleichnamigen Sanierungsgebiet.

3

Dabei sind beide **Sanierungsgebiete** – also auch die „Ortsmitte“ – extrem gut angenommen. Zahlreiche private Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden wurden durchgeführt und konnten bezuschusst werden, was das Bild von Weingarten nachhaltig positiv prägen wird. Vor allem der Erhalt der alten Gebäude ist für Weingarten wertvoll.

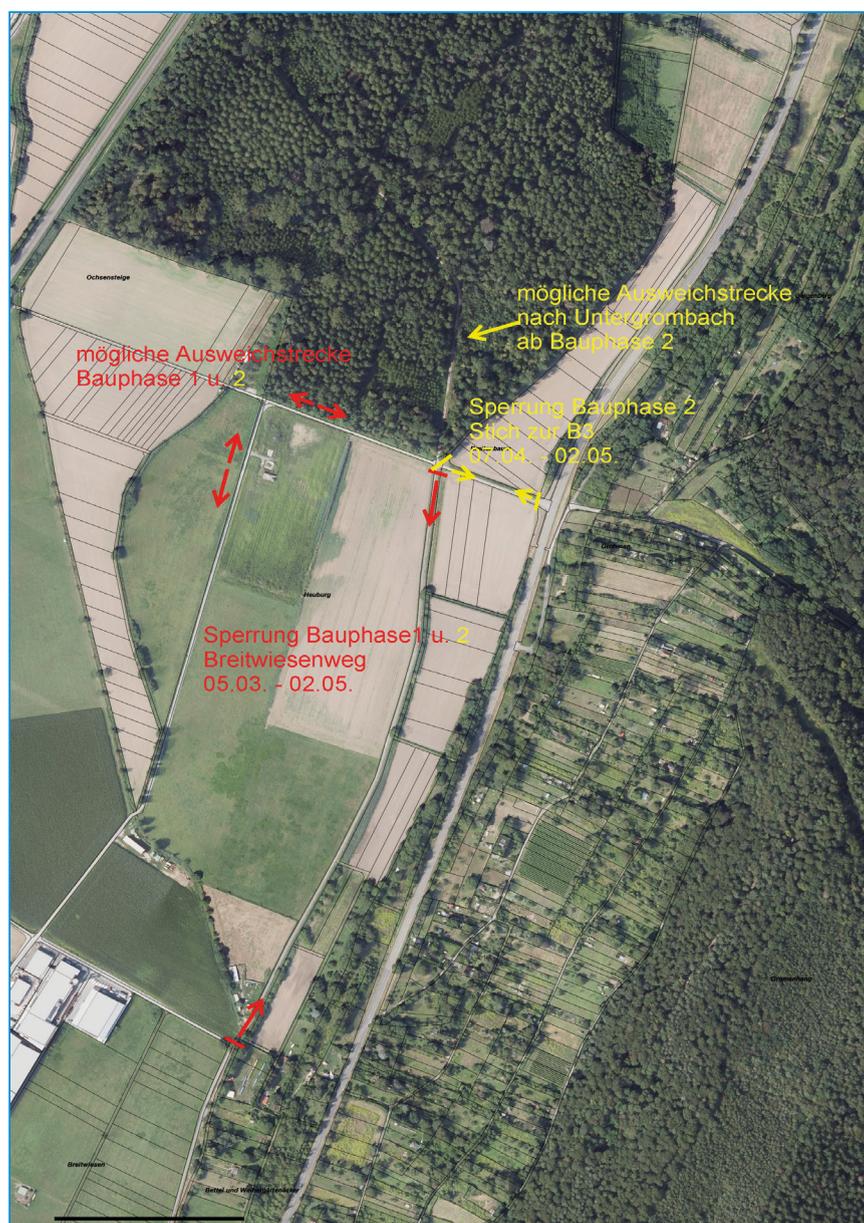
Zudem konnte die Gemeinde selbst überproportional von den Sanierungsgebieten profitieren – zuletzt durch die Anerkennung des Steigwegs und des mittleren Abschnitts der Burgstraße, welche zwar nur mit dem halben Fördersatz berücksichtigt werden konnten, aber mithin die Gemeindekasse um ca. 350 TEUR entlastet.

4

Endlich wird nun - nach der Kirschbaumallee - auch der **Radweg Breitwiese** in Angriff genommen. Als begleitender Radweg zur B 3 wird der Großteil der Kosten vom Bund getragen. Auch der Amphibienzaun, der zuletzt zusätzlich mit 35 TEUR vergeben wurde.

5

Unsere **Feuerwehr** erhält dieses Jahr noch eine zusätzliche Fahrzeughalle auf der ge-



genüberliegenden Fläche auf dem Festplatz, weshalb bereits die Birken sowie die Hecken weichen mussten. Die Verkehrsflächenplanung an dieser Stelle wurde mit unserem Stadtplaner Modus Consult besprochen und kann in Kürze im Gemeinderat vorgestellt werden. Ich denke es ist eine gute alternative Wegführung entstanden.
Bilder Halle und Abholzung

6

Unser Haushaltsplan enthält noch viele weitere Einzelmaßnahmen, welche im Vorbericht konkret aufgeschlüsselt sind. Eine detaillierte Befassung würde den heutigen Rahmen sprengen und so möchte ich noch auf die mittlerweile sehr emotional geführte Diskussion um die **Windkraftanlagen** eingehen.

Gestern Abend wurde ein interfraktioneller Antrag (WBB/Grüne/SPD) zur Ausschreibung der gemeindeeigenen Flächen im Vorranggebiet für Windkraft am „Hinteren Heuberg“ in den Verwaltungsausschuss verwiesen. Ziel soll sein, mindestens 1 Mio. EUR an jährlichen Erlösen zu erwirtschaften.

Wir befassen uns nun seit mehreren Jahren mit diesem Thema. Im Gemeinderat zeichnet sich eine Patt-Situation zu dieser Entscheidung ab und mir persönlich fehlt - ausnahmsweise - das Gespür, wie die schweigende Mehrheit denkt.

Die Gemeinde könnte einerseits die eine Million EUR - was durchaus realistisch sein dürfte - zur Finanzierung des Schulbaus gut gebrauchen. Andererseits haben wir in jüngster Vergangenheit einiges an Grünflächen im Kirchberg-Mittelweg und am Baggersee geopfert. Der Erhalt unserer Naherholungsgebiete wird von unseren Einwohnern sehr geschätzt.

Wie bereits in der Sitzung gestern Abend ausgeführt, sehe ich nun einen **Bürgerentscheid** - das Element der direkten Demokratie - für angebracht. Lassen Sie die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden. Sie tragen die Lasten der Entscheidung in Gänze und wir werden eine höhere Akzeptanz für die darauffolgenden Entscheidungen des Gemeinderates erzielen.

Radweg Breitwiese



Neue Fahrzeughalle auf dem Festplatz – Vorarbeiten



7

Abschließend muss ich noch auf die uns sehr belastende Entwicklung der **Kreisumlage** eingehen. Bis Ende 2026 müssen wir mit einer Anhebung der Umlage um 1,5 Mio. EUR durch Anhebung des Kreisumlagesatzes rechnen. Hintergrund sind extrem gestiegene Sozialausgaben durch neue Regelungen im Bundesteilhabegesetz (BTHG).

Ganz gleich wie wir versuchen, Kosten zu sparen, diese Steigerung wird das Ausgabeniveau dauerhaft nach oben schnellen lassen. Eine entsprechende Gegenposition ist nicht in Sicht. Dabei entspricht diese Niveausteigerung den Gesamteinnahmen der Gemeinde aus der Grundsteuer B. Mithin wird zur Deckung eine Verdoppelung der Grundsteuer erforderlich.

Dies zu vermitteln ist umso schwerer, als durch die Grundsteuerreform bereits soziale Ungleichheiten geschaffen wurden. Eine Erhöhung der Grundsteuer wurde seitens der Kämmerei bewusst nicht angeführt, um die Verwerfungen

der landespolitischen Grundsteuerreform nicht mit einer kommunalen Grundsteuererhöhung zu vermischen.

8

In der **mittelfristigen Finanzplanung** schlägt vor allem die höhere Kreisumlage auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinde durch, sodass eine Lösung für ein Defizit von 1,5 bis 2 Mio. EUR jährlich gefunden werden muss – sollte der Gesetzgeber keine Änderung bzw. Rückabwicklung dieser Fehlsteuerung herbeiführen.

Nun noch zu unseren Eigenbetrieben:

Im Mittelpunkt 2025 wird die Versorgungssicherheit unserer **Trinkwasserversorgung** stehen. Für die Carixanlage benötigen wir eine Erweiterung oder einen gleichwertigen Ersatz. Nach dem aktuellen Stand der Technik wird der Wechsel auf eine Umkehrosmose-Anlage anstehen, welche einen Erweiterungsbau entbehrlich werden lässt und geringere Folgekosten auslöst. Unser Betriebsleiter Herr Becker ist zusammen mit dem Fachbereich 4, Frau Baumann, in der Ermittlung der Grundlagen für die Vorstellung und Beschluss im Gemeinderat.

Ein weiterer großer Posten wird der Neubau des Hochbehälters Kirchberg in einer höher gelegenen Lage. Die Fläche konnte zwischenzeitlich gesichert werden. Wie in der gestrigen Sitzung besprochen wird die Planung und alles, was mit dem Hochbehälterbau zusammenhängt, auf den Prüfstand gestellt und im Technischen Ausschuss beraten.

In beiden Eigenbetrieben sind zudem die Neubaugebiete Kirchberg-Mittelweg und Gewerbegebiet Sandfeld wie auch die Straßensanierung Burgstraße mit den anteiligen Kosten für Leitungs- und Kanalbau enthalten.

Aufgrund der mehrjährigen Kalkulation der Gebühren werden diese 2025 sowie auf Sicht sowohl im Eigenbetrieb Wasserversorgung als auch im Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung zunächst konstant bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten - auch im Namen aller Bürgerinnen und Bürger von Wein-

Erweiterung CARIX-Anlage oder Umstellung auf Umkehr-Osmose



garten - für ihre Zeit, die intensive Mitarbeit und sachliche Streitkultur, wenn es darum geht, die vielfältige Infrastruktur unserer Gemeinde zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Ich freue mich auf eine weiterhin aktive und respektvolle Zusammenarbeit – auch wenn wir neue Wege erfinden sollten. Gerne bin ich bereit Bauprojekte mit alternativen Methoden anzugehen, wenn sie zu dem gewünschten Erfolg einerseits und zu Kostenreduzierungen andererseits führen.

Unser besonderer Dank gilt allen ehrenamtlich engagierten Menschen. In unseren Vereinen, dem Ortsseniorenrat sowie in unseren Rettungsorganisationen: der Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz und dem DLRG für ihren Beitrag zu unserer beispielhaften sozialen und kulturellen Vielfalt in Weingarten.

Und ich darf mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Gemeindeverwaltung für ihr Engagement zur Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens unter immer herausfordernden Rahmenbedingungen bedanken. Und es zeigt sich immer mehr, dass unsere Verwaltung attraktiv auch für junge Menschen ist.

Last but not least danke ich unserem Kämmerer Herrn Schneider und seinem Team in der Finanzverwaltung ebenso, wie allen Fachbereichen für ihre intensive Mitarbeit zur Erstellung des Haushaltsplanes.

Ich bitte nun die Fraktionen um ihre jeweiligen Stellungnahmen, bevor wir über den vorliegenden Haushalt Beschluss fassen.

Danke.

Wirtschaftsplan der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2025

Gebühren

Wirtschaftsjahr 2025:

• Wassergebühr	2,82 €/m ³
• Grundgebühr QN 2,5	6,00 €/Monat
• Grundgebühr QN 6	15,00 €/Monat
• Grundgebühr QN 40	94,50 €/Monat
• Grundgebühr QN 60	150,00 €/Monat

Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2025

Gebühren

Wirtschaftsjahr 2025:

• Schmutzwasser / bezogenes Frischwasser	2,96 €/m ³
• Niederschlagswasser / versiegelte Fläche	0,84 €/m ²





Haushaltsrede der CDU-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Gerhard Fritscher



**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,**

Ausgangslage:

Wir befinden uns in einer schwierigen Zeit. Die Welt spielt verrückt, vieles hat sich verändert, es ist nicht mehr, wie es einmal war. Die Kriege in der Ukraine und in Israel belasten uns. Die Neuausrichtung der US-Außenpolitik verunsichert uns Deutsche und Europäer sehr. Der anhaltende unregelmäßige Zustrom von Migranten überfordert die Integrationsfähigkeit unseres Landes. Die bereits im dritten Jahr befindliche Rezession der deutschen Wirtschaft hat starke Auswirkungen auf unsere kommunalen Haushalte. Immer neue Aufgaben und Ansprüche, die Bund und Land auf die Kommunen abwälzen, überfordern die Gemeindehaushalte – nicht nur finanziell, auch personell. Das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, muss auch bezahlen – gilt scheinbar nicht mehr.

Der von der übergeordneten Politik vermittelte Anspruch passt schon lange nicht mehr zur Wirklichkeit in unseren Gemeinden und Städten. „Das stetige Ausweiten von Ansprüchen, das stetige Erhöhen von ohnehin schon hohen Standards, das Ziel eines einzelfallgerechten Fürsorgestaats. Das kann kein Staat leisten, noch nicht einmal die Bundesrepublik Deutschland“, so Steffen Jäger (Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg) schon vor Jahren. Und, hat sich zwischenzeitlich viel geändert? Wir meinen nein. Fakt ist, ein „weiter so“ ist nicht mehr möglich. Es muss den Bürgerinnen und Bürgern reiner

Wein eingeschenkt werden. Zur Wahrheit gehört: wir müssen staatliche Leistungsversprechen kritisch hinterfragen. Wer anstrengungslos Wohlstand verspricht und jedes Problem mit noch mehr Schulden verschleiern will, handelt verantwortungslos, gerade auch gegenüber unseren Kindern und Enkel. Deshalb braucht es einen Politikwechsel und vor allem auch eine Wende in der Wirtschaftspolitik. Wir haben in unserem Land strukturelle Probleme. Unsere Unternehmen - und dazu zählen wir auch ausdrücklich unsere Landwirtschaft - benötigen Planungssicherheit und erwarten dringend einen Abbau der überbordenden Bürokratie. Sonst sterben weitere Betriebe und schlimmstenfalls ganze Branchen oder sie verlassen unser Land. Dazu benötigen wir eine gezielte und gerechte Steuerreform, mit Senkung der Steuerlast. Dies erhoffen und erwarten wir von einer neuen Bundesregierung.

Wir wollen aber nicht nur nach oben, Richtung Kreis, Land, Bund und EU schauen und dort die Verursacher und Schuldigen suchen. Sondern uns auch an die eigene Nase fassen und uns auf die Erledigung unserer Hausaufgaben konzentrieren. Und davon haben wir in Weingarten genug!

Haushalt 2025

Unser **Kernhaushalt** weist einen Ertrag von 34.410.000 EUR, Aufwendungen von 35.252.500 EUR und somit ein ordentliches Ergebnis von - 842.500 EUR aus. Nur durch ein Sonderergebnis i.H. von 5.410.700 EUR - hauptsächlich bedingt durch hohe Grundstücks- und Gebäudeveräußerungen - schließt unser Gesamthaushalt mit 4.568.200 EUR noch positiv ab.

Wie bewerten wir nun dieses Ergebnis?

Im Vergleich zum vorläufigen Rechnungsergebnis 2023 (ein Ergebnis für 2024 liegt noch nicht vor) i.H. von 761 TEUR und unter Berücksichtigung einer um 1,5 Mio. EUR (!) erhöhten Kreisumlage, können wir dem nun vorliegenden Planergebnis durchaus zustimmen. Gerade auch wenn man sieht, woher wir kommen. War das uns vorgelegte Planergebnis bei der Haushalts-Einbringung im Gemeinderat und nach Beratungen im Verwaltungsausschuss Anfang Januar 2025 doch noch um rd. 2 Mio. EUR schlechter! Im Rahmen einer kleinen Gemeinderats-Arbeitsgruppe, konnten die Planzahlen gemeinsam mit der Kämmerei abschließend auf den Prüfstand gestellt und vertiefend hinterfragt werden. Dabei haben wir aber noch nicht jede Chance der Ergebnis-verbesserung genutzt. Im Laufe des Jahres wollen wir weitere Einsparungspotentiale auf den Prüfstand stellen. Nach wie vor ist es Ziel der CDU-Fraktion, beim ordentlichen Ergebnis mindestens eine „schwarze Null“ zu erzielen, denn eine Gemeinde kann auf Dauer nicht mehr ausgeben als sie einnimmt. Sonst lebt sie nur vom Werteverzehr. Ein positives Ergebnis ist auch deshalb zwingend notwendig, weil enorme Investitionen und ggf. auch zukünftig eine weitere Erhöhung der Kreisumlage anstehen. Bereits das Jahr 2026 lässt diesbezüglich nichts Gutes erwarten. Die Verpflichtungsermächtigungen i.H. von 21,4 Mio. EUR dokumentieren dies.

Unsere Hoffnung ist aber auch, dass sich Bund und Land dringend der schlechten finanziellen Entwicklung der Kommunen annehmen und es somit kurz- und mittelfristig wieder zu Ergebnisverbesserungen kommen wird.

Für die offene und kooperative Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen, dürfen wir uns bei der Kämmerei, bei Ihnen Herr Schneider und Herr Rabung, herzlich bedanken. Wir wünschen uns allerdings für die nächsten Jahre, dass die Verwaltung uns gleich zu Beginn der Haushaltsberatungen realistische Zahlen vorlegt und sich nicht zu viele Spielräume schafft. Dies ist wohl grundsätzlich nachvollziehbar aber im Sinne einer verlässlichen, transparenten Planung und einer effektiven Haushaltssteuerung und letztendlich auch aus Zeitgründen – und hier spreche ich sicher im Namen aller Fraktionen – vom Gemeinderat nicht gewünscht.

Die Zeiten haben sich geändert und wir alle müssen den Gürtel zwangsläufig wieder enger schnallen. Unsere Fraktion ist der festen Überzeugung, dass mit Sparsamkeit und gutem Willen weitere Kostenreduzierungen übers Jahr erzielt werden können, die unser Ergebnis weiter verbessern werden. Und dies erwarten wir auch ausdrücklich von unserer Verwaltung.

Steuern

Entsprechend dem frühzeitig von der CDU-Fraktion eingebrachten Antrag und dem Beschluss des Gemeinderats, das Steueraufkommen der **Grundsteuer A und B**, auch unter Berücksichtigung des neuen Bewertungssystems zum 1.1.2025 in Summe aufkommensneutral zu halten, zeigt der Haushalt 2025 keine Ertragsveränderungen. Dies konnten wir als Gemeinde nur mit der Anpassung der Hebesätze beeinflussen.

Auf Grund der zu erwartenden wirtschaftlichen Einbußen durch die anhaltende Rezession, wurden die **Gewerbesteuer-Einnahmen** restriktiv angesetzt, während der **Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer** und der **Umsatzsteuer** leicht angehoben geplant werden konnten.

Personal

Große Sorgen machen uns die permanent steigenden **Personalkosten**. Sie sind mit einem Ansatz von rd. 9,3 Mio. EUR der größte Kostenblock unseres Haushalts. In Abhängigkeit zu den Personalkosten steigen natürlich auch die **Sachkosten**, die mit knapp 5 Mio. EUR angesetzt sind. Dies hat einerseits mit den ständig gewachsenen Anforderungen an die Verwaltung und andererseits mit den steigenden Tarifabschlüssen zu tun. Wir müssen uns wieder auf die ureigensten Aufgaben einer Verwaltung besinnen und diese Kosten durch Abbau von verzichtbaren Dienstleistungen und Bürokratie sowie Organisationsverbesserungen wieder reduzieren - ohne unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu überlasten.

Investitionen

Wir sind uns im Gemeinderat - und ich hoffe auch mit der Verwaltung - darüber einig, dass wir uns jedes Jahr immer wieder viel zu viele Aufgaben und vor allem Projekte vornehmen, was eine Projekt-Realisationsquote von deutlich unter 50% belegt. Dies führt dann zwangsläufig auch zu personellen Überlastun-

gen, die mit Planungsfehlern und Qualitätsverlusten einhergehen können, und letztendlich auch zu Kostenüberschreitungen. Projekte der Vergangenheit, wie beispielsweise der BAB-Lärmschutzwand und der Straßenbau legen davon deutlich Zeugnis ab. Hier gilt der Grundsatz: weniger ist oftmals mehr! Für 2025 hat unsere Fraktion deshalb auch wieder gefordert, dass nur die Projekte in die Planung genommen werden, die in der Planzeit auch realistisch abgearbeitet werden können oder aus haushaltstechnischen Gründen unbedingt eingestellt werden müssen. Mit einem anspruchsvollen Programm i.H. von knapp 16 Mio. EUR kommen wir nach wie vor an die Grenzen unserer Belastung.

Auf die wichtigsten Investitionen möchte ich nun näher eingehen. Zwei große Bauprojekte, die uns seit Jahren beschäftigen, kommen nun endlich in die Umsetzung:

Im **Baugebiet Kirchberg-Mittelweg** sind für die vorbereiteten Baumaßnahmen, wie Stützmauern und Baustraße, 1,35 Mio. EUR eingeplant. Dagegen stehen die Erlöse aus dem geplanten Verkauf der Grundstücke an der Durlacher Straße mit rd. 4 Mio. EUR. Ob sich diese Einnahmen allerdings zeitnah erzielen lassen, hängt natürlich auch von der weiteren Entwicklung des Neubaumarktes ab. Bedingt durch die Topographie und Lage an der stark befahrenen B3, müssen die geplanten Reihenhäuser von einem Investor umgesetzt werden. Investoren bauen nicht der Gemeinde zuliebe oder aus Freude an der Schaffung von Wohnraum. Sie wollen und müssen Gewinne erzielen. Somit greifen sie immer fordernder in die Bebauungspläne und die planerische Gestaltung ein. Dies haben wir bereits bei der Bebauung der Mehrgeschossbauten in der Ringstraße und beim Ulmenplatz erlebt. Und wir erleben es aktuell beim Bebauungsplan Breitwiesen 1, dem Hoepfner-Wohnareal, und bei der Planung des Wohnquartiers Buchenweg. Letztendlich müssen wir immer partnerschaftliche Lösungen finden, die für beide Seiten, den Investor und die Gemeinde, eine Win-Win-Situation darstellen.

Für das **Gewerbegebiet Sandfeld** hat der Gemeinderat zwischenzeitlich die Erschließungsarbeiten vergeben, nachdem das Abwassersystem nochmals kosten-reduzierend überarbeitet wurde. Wir sind sicher, dass wir damit den einheimischen Gewerbebetrieben, die mehr Platz und Bewegungsfreiheit benötigen, sowie zukunftsorientierten neuen Gewerbebetrieben einen attraktiven Standort anbieten können. Der Gemeinderat ist sich einig, dass wir damit Firmen ansprechen und nach Weingarten holen wollen, die auch zu unserer Gemeinde passen, die attraktive Arbeitsplätze bieten und letztendlich mit einer guten Gewerbesteuer ihren Anteil zur Finanzierung unserer Infrastruktur beitragen. Hierbei können wir aber auch Ausdauer beweisen. Selbstverständlich sollen sich unsere finanziellen Vorleistungen rentieren. Wir haben aber keine Eile, dieses große und wahrscheinlich letzte Gewerbegebiet Weingartens in einem Zug überhastet zu belegen.

Im **Straßenbereich** haben wir den dritten und letzten Bauabschnitt der **Burgstraße** mit 700 TEUR im Planjahr und 1,4 Mio. EUR im nächsten Jahr eingestellt und erwarten eine Fertigstellung bis spätestens Ende 2026. Die durch einen Rohrbruch kurzfristig nötig gewordene Sanierung des **Steigwegs**, ist mit

einem Ansatz von 250 TEUR eingestellt und soll bis Anfang April 2025 mit der Straßenasphaltierung abgeschlossen werden.

Das größte Projekt für die nächsten Jahre ist aber der geplante **Schulhausneubau**. Für 2025 sind die ersten 500 TEUR für Planungsleistungen eingeplant. Unser Fahrplan steht fest. Erst nach Vorlage der Stellungnahme des Projektplaners zum notwendigen Raumbedarf (abhängig vom pädagogischen Konzept der Schule), zu den aktuellen Baukosten, zur Finanzierung und zu den möglichen Zuschüssen, kann der Gemeinderat über das weitere Vorgehen entscheiden. Wir hoffen sehr, dass dies spätestens im Herbst 2025 der Fall sein wird.

Zur weiteren Entwicklung unserer **Kinderbetreuungseinrichtungen** hat der Gemeinderat mehrere Machbarkeitsstudien für Neubauten an den Standorten in der Schillerstraße, Höhefeldstraße und an der Walzbachhalle eingeholt. Hierzu kommt noch die mögliche Variante im Rahmen der Wohnbebauung auf dem Hoepfner-Areal. Der Ausbau wird derzeit allerdings gebremst durch die Schwierigkeiten bei der Suche nach Fachpersonal. Ohne die vorgeschriebene Anzahl von Erzieherinnen und Erziehern ist die Erweiterung unseres Betreuungsangebotes und die Schaffung von neuen Räumlichkeiten aber nicht sinnvoll und nicht möglich.

Trotz der angespannten Finanzlage lässt sich die CDU nicht davon abhalten, das seit Jahren geforderte und den Bürgerinnen und Bürger vom Gemeinderat fest versprochene **Freischwimmerbecken** weiter fest im Auge zu behalten. Mit den im Jahr 2026 eingestellten 2 Mio. EURO, haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dann grünes Licht für die Umsetzung geben zu können, wenn die notwendigen Zuschüsse von Bund und Land gesichert sind. Dies gilt es aber nicht nur stillschweigend abzuwarten. Wir fordern die Verwaltung und vor allem Sie, Herr Bürgermeister, auf, alle politischen Verbindungen zu nutzen, damit wir dieses langersehnte Projekt endlich für unsere Kinder und Familien verwirklichen können.

Für das **Mobilitätskonzept** sind im Haushalt weitere 100 TEUR eingestellt. Grundsätzlich gut gemeint aber einheitlich über das gesamte Wohngebiet gestreut, kommt es nach Empfindung der CDU-Fraktion an die Grenzen der Akzeptanz unserer Bürger. Gerade in der Waldbrücke-Nord wurde beispielhaft deutlich, wie Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Wir müssen die überzogenen einheitlichen Vorgaben gebietsbezogen anpassen und auch die Anwohner noch stärker mitnehmen.

Das Thema erneuerbare Energie wollen wir heute nur streifen. Grundsätzlich bleiben wir bei unserer Auffassung, die Landschaft und vor allem den Wald am Hinteren Heuberg keinen falls für **Windräder** zu opfern. Und daran haben auch vage Prognosen über mögliche hohe Pachteinahmen nichts geändert. Weingarten hat bessere Möglichkeiten seinen Anteil zur Bekämpfung des Klimawechsels und zur Energiegewinnung zu erbringen. So setzen wir für den Süden Deutschlands effizienter zuerst auf Solar und Photovoltaik aber mittelfristig auch auf Tiefengeothermie.

In diesem Zusammenhang möchten wir abschließend auf unseren **Wald** und den Forstbetrieb in seiner Gesamtheit eingehen. Aus der letzten Waldbegehung mit unserer Försterin und den nachfolgenden Besprechungen, haben wir deutlich entnommen, dass unser Wald zwingend dem Klimawandel angepasst werden muss. Dieser Umbau ist langwierig und wird uns auch einiges Geld kosten. Für 2025 ist die Anlage von neuen Forstkulturen im Niederwald vorgesehen. Bei der Pflanzung setzen wir auf eine starke Mischung der Baumarten, um das Ausfallrisiko für die Zukunft zu minimieren. Die geplanten Investitionen i.H. von 142 TEUR sind sicher eine gute Anlage in die Qualität unseres Erholungsgebiets Wald. Und warum sollen wir dann unseren Wald am Hinteren Heuberg anders betrachten?

Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Die Wirtschaftspläne 2025 der beiden Eigenbetriebe schließen im Erfolgsplan mit einem überschaubaren Verlust nach Steuern i.H. von 53.500 EUR für die Wasserversorgung und mit einem Gewinn i.H. von 145.000 EUR für die Abwasserbeseitigung in Summe fast ausgeglichen positiv ab. Dabei sind Investitionen i.H. von 2,3 Mio. EUR für die Wasserversorgung und 4,3 Mio. EUR für die Abwasserbeseitigung geplant. Das betrifft hauptsächlich die Erschließung der Baugebiete, Straßen und den Neubau des Hochbehälters am Kirchberg. Diese hohen Investitionen führen leider zu weiteren Schuldenzuwächsen und müssen von den Nutzern, unseren Bürgern, über die Gebührenrechnungen bezahlt werden. Deshalb ist es unsere Verantwortung darauf zu achten, dass wir uns auf die wirklich notwendigen Maßnahmen konzentrieren und diese kostengünstig umsetzen. Ein Beispiel dafür haben wir in der gestrigen Gemeinderatssitzung beim TOP „Neubau Hochbehälter Kirchberg“ der Vergabe der Planungsleistungen erlebt.

Dank

Am Ende unserer Stellungnahme wollen wir uns bei Ihnen Herr Bürgermeister, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Kinderbetreuung, des Bauhofs, des Forsts und der Wasserversorgung für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr bedanken. Unser ganz besonderer Dank gilt aber auch allen sozial tätigen Organisationen und Gruppen, wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem DRK, der DLRG, der Polizei, den Vereinen und allen Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Erhalt unseres Gemeinwesens im Ehrenamt einsetzen. Für ihr Engagement im vergangenen Jahr ein großes Dankeschön.

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der politischen Situation, sollten wir uns den Herausforderungen stellen und diese gemeinsam und mit ganzer Kraft angehen. Denn die Zukunft gehört denen, die sie mutig und aktiv gestalten. Dazu will die CDU auch weiterhin ihren Anteil einbringen.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushalt und den Wirtschaftsplänen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu.

Haushaltsrede der WBB-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Lorenz Spohrer



**Sehr geehrter
Herr Bürgermeister Bänziger,
Damen und Herren der Verwaltung,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

Bröckelnde Brücken, Rezession der deutschen Wirtschaft, Krieg im Nahen Osten und im Osten Europas, die Ampelkoalition zerbricht an der Schuldenbremse, Klimawandel, Bildungsprobleme, Fachkräftemangel, Rechtsruck ...

Bedarf es noch mehr?

Es soll heute um Weingarten gehen. Auf einige der genannten Dinge haben wir Einfluss, auf andere nicht. Was brauchen wir dafür, um alles zu bewältigen? Richtig, viele Gemeinderatssitzungen und eine Menge Geld! Denn ein politisches Ziel ohne die Bereitstellung von Geld bleibt ein kraftloses Lippenbekenntnis.

Die gute Nachricht: Die Gemeinde Weingarten plant für 2025 einen Überschuss von 4.568.200 Millionen Euro zu erzielen. Das positive Gesamtergebnis zeigt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde, obwohl es ein Defizit im ordentlichen Ergebnis gibt, welches durch unsere außerordentlichen Erträge ausgeglichen wird. Dies ist zunächst erfreulich, da die nächsten Jahre keine „fetten“ Jahre sein werden. Allerdings können wir unser Tafelsilber nur einmal verkaufen. Kurzfristig stehen wir gut da, jedoch wird es mittel- und langfristig

schwierig sein, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, was sich bereits im Haushalt 2025 abzeichnet.

Unser Investitionsvolumen beträgt dieses Jahr etwa 16 Mio. €. Wir haben viel Spielraum für Investitionen, und die Verwaltung hat die entsprechenden Möglichkeiten bereitgestellt. Allerdings bleibt abzuwarten, wie viele Projekte tatsächlich umgesetzt werden, da oft eine Diskrepanz zwischen Planungen und realisierten Haushaltsprojekten besteht. Dies führt zu einer verlängerten Projektliste und einem geringeren Kreditbedarf, was angesichts des steigenden Baukostenindex negativ zu bewerten ist, da Verzögerungen mehr Geld kosten.

Was kostet Weingarten?

Das Geld liegt auf der Straße

Die Instandhaltung der kommunalen Substanz ist unerlässlich. Die Bürger von Weingarten sollen gut sanierte Straßen, tragfähige Brücken und intakte unterirdische Infrastruktur wie Kanäle, Wasserleitungen und Glasfaser nutzen können. Diese Sanierungsmaßnahmen, wie etwa in der Jöhlinger Straße und der Burgstraße, kosten viel Geld. Wenige Gemeinden haben in den letzten Jahren so viel in ihre Straßen investiert. Diese Leistung ist personell als bemerkenswert und außergewöhnlich zu betrachten. Solche Ausgaben sind für die WBB-Fraktion nicht verhandelbar.

Bei reiner Schuldenbetrachtung wird nicht berücksichtigt in welchem Zustand die kommunale Infrastruktur ist.

Kirchberg-Mittelweg

Seit Jahrzehnten warnen die WBB-Fraktionen, dass der Kirchberg-Mittelweg ein Fass ohne Boden werden könnte. Die Erschließungskosten betragen etwa 15 Millionen €, ohne den bereits erschlossenen Bereich entlang der Durlacher Straße. Viele sehen jetzt die Folgen des damaligen Beschlusses, den nur die WBB-Fraktion abgelehnt hatte. Der **kostenintensive Brückenbau** wird allein die Gemeinde belasten und kann nicht über Erschließungsbeiträge refinanziert werden. Ein Zurück gibt es nicht mehr; jetzt gilt es das Bestmögliche daraus zu machen.

Gewerbegebiet Sandfeld

Das Gewerbegebiet Sandfeld beschäftigt den Gemeinderat seit fast 15 Jahren. Es wurden bereits fast 15 Millionen Euro vorinvestiert. Eine schriftliche Zusage vom Landratsamt zur Übernahme der Kosten für den Kreisel an der Hefenbrücke steht noch aus. Ohne diese Zusage entstehen der Gemeinde weitere Kosten in Millionenhöhe. Da dieses Gewerbegebiet voraussichtlich das letzte seiner Art auf Weingartener Gemarkung sein wird, muss die Auswahl und Ansiedlung von Unternehmen mit hoher Gewerbesteuer, hochwertigen Arbeitsplätzen und effizienter Baulandnutzung sehr sorgfältig erfolgen.

€ teuren Neubau der Turmbergschule muss der Ergebnishaushalt mittelfristig im Durchschnitt 3 Millionen Euro an Erträgen zusätzlich erwirtschaften.“

Welche Erträge sind vorhanden?

Einmaliger Verkauf von Grundstücken

Der Verkauf von Grundstücken auf Gemeindegrund ist 2025 eine erhebliche, aber einmalige Einnahmequelle. Die Erschließungskosten von Kirchberg-Mittelweg und Sandfeld stehen den Einnahmen aus Grundstücksverkäufen gegenüber. Diese Erlöse sind jedoch einmalig und nicht nachhaltig. Die jährlichen Steuereinnahmen aus Gewerbe-, Grund- und Einkommenssteuer schlagen sich hingegen kontinuierlich in der Gemeindekasse nieder. Die zu verkaufenden Grundstücke entlang der Durlacher Straße sind sehr breit, schwierig und nur gemeinschaftlich zu erschließen, was auf den veralteten Bebauungsplan zurückzuführen ist. Die WBB-Fraktion sieht ein Problem darin, dass zuerst Käufer seitens der Investoren gefunden werden müssen. Andernfalls droht ein Loch im Haushalt 2025.

Gebühren vor Steuern

Die Gebühren und Steuern der Gemeinde sind für die Mitbürgerinnen und Mitbürger spürbar. Besonders das Großprojekt „Klärwerkumbau“ und der neue Hochbehälter werden die Gebührenzahler künftig stärker belasten. Diese Verschuldung der Eigenbetriebe wird sich in den Gebührenkalkulationen und den Jahresrechnungen der Verbraucher widerspiegeln. Die Gemeinde wird von den steigenden Gebühren jedoch nicht reich, da Gebührenhaushalte zwingend binnen 5 Jahren ausgeglichen werden müssen.

Die Steuereinnahmen, insbesondere aus der Gewerbe- und Einkommenssteuer, sind ein wichtiger Teil der Gesamteinnahmen der Gemeinde Weingarten. Aufgrund der Entwicklung des Gewerbegebiets „Sandfeld“ und der Bebauung der Wohngebiete „Kirchberg-Mittelweg“, sowie dem Trautwein-Areal, wird in den kommenden Jahren mit Steigerungen gerechnet. Diese zusätzlichen Einnahmen sind dringend erforderlich, um die geplanten Investitionen zu finanzieren.

Die genannten Maßnahmen sollten ein ausgewogenes und nachhaltiges Finanzierungskonzept für Weingarten schaffen. Die WBB-Fraktion sieht diese Ausgewogenheit jedoch im aktuellen Haushaltsjahr nicht. Die Gemeinde ist zu sehr auf Einnahmen aus Grundstücksverkäufen angewiesen und es fehlen nachhaltige und verlässliche Einkünfte in Zeiten maximaler Investitionen.

Pachterträge

Auf kommunaler Ebene gibt es kaum Möglichkeiten, zusätzliche Einnahmen zu erzielen, da viele Optionen wie Gebührenanpassungen bereits ausgeschöpft sind. Neben weiteren Leistungskürzungen bliebe nur eine deutliche Erhöhung der Grundsteuer. Die möglichen Pachterträge aus Windkraftanlagen spielen scheinbar bei der Hälfte des Gemeinderats und dem Bürgermeister keine Rolle bei der Finanzierung der

Schule und der steigenden Kreisumlage. Auch die neue Gemeinderatsbesetzung verweigert die öffentliche Beratung der finanziellen Vorteile der Gemeinde, und der letzte interfraktionelle Antrag wurde ohne Grund in den Verwaltungsausschuss verwiesen. Die Gegner des Antrags scheinen planlos und man lehnt aus ideologischen Gründen ab, ohne ernsthafte Alternativen für die Millionenerlöse aus Windkraftanlagen vorzuschlagen. Es wird billigend in Kauf genommen, die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu belasten. Zwar tragen wir nicht die Verantwortung für die Energiewende, doch müssen wir unseren Beitrag leisten. Natürlich könnten wir uns zurücklehnen, solange der Strom rund um die Uhr aus der Steckdose kommt. Das war jedoch nie die DNA der WBB-Gemeinderäte.

Windkraft – Grundsteuer B

Äquivalente jährliche Erträge durch die Grundsteuer B anstelle der Windkraft

Voraussichtliche Erträge durch Windkraft ca. **1 Mio. € p. a.**

Aktuelle Einnahmen durch Grundsteuer B (Hebesatz 195 %) ca. **1,5 Mio. € p. a.**

Summe 2,5 Mio. € p. a.

Um die 2,5 Mio. € rein durch die Grundsteuer B zu erzielen, müsste der Hebesatz der Grundsteuer B um **2/3 erhöht** werden.

→ Hebesatz **195% 325%**

Folgen für die Einwohner:

Mietwohnung mit 3 Parteien 272 m² Bodenrichtwert 390 €/m²

→ **188,10 € 313,50 €**

Freistehendes Einfamilienhaus 807 m² Bodenrichtwert 460 €/m²

→ **658,69 € 1.097,82 €**

Reihenhaus 214 m² Bodenrichtwert 580 €/m²

→ **220,21 € 367,02 €**

Baureifes Grundstück 750 m² Bodenrichtwert 440 €/m²

→ **836,55 € 1.394,25 €**

Generationengerechtigkeit

Die Weingartener Bürgerbewegung wurde vor über 30 Jahren als unabhängige Wählervereinigung gegründet, um die Gemeinde vor finanziellem Ruin durch schlechte Kostenkontrolle und hohe Kreditaufnahmen zu bewahren. Die WBB setzte auf moderate und hochwertige Entwicklung anstelle von schnellem Wachstum, mit dem Ziel, die wesentlichen Aufgaben der Gemeinde zu fokussieren und einen ausgeglichenen Haushalt für zukünftige Generationen zu sichern. Nach über drei Jahrzehnten im Gemeinderat gilt dies unverändert. Generationengerechtigkeit ist ein zentraler Baustein der WBB.

Generationengerechtigkeit bedeutet, dass die Bedürfnisse und Interessen sowohl der heutigen als auch der zukünftigen Generationen berücksichtigt und gleichberechtigt behandelt werden. Ressourcen und Möglichkeiten sollen so genutzt werden, dass auch künftige Generationen ein gutes Leben führen können. Dieser Verantwortung, die wir als Gemeinderat tragen, müssen wir nachkommen. Diese Verantwortung umfasst Bildung und Chancengleichheit sowie Nachhaltigkeit, die Mi-

nimierung von Umweltbelastungen und die Förderung erneuerbarer Energien.

**Das Wichtigste ist:
Finanzielle Verantwortung.**

Nachhaltige Haushaltsführung bedeutet, verantwortungsvolle finanzielle Entscheidungen zu treffen, um eine übermäßige Verschuldung zu verhindern, die zukünftige Generationen belasten würde. Ein ausgeglichener Haushalt ermöglicht es zudem, langfristig in wichtige Projekte und Infrastruktur zu investieren, die auch in Zukunft Nutzen bringen, wie etwa Schule und weitere Umweltschutzprojekte. Eine einfache Lösung für diese Aufgaben gibt es sicherlich nicht. Jedoch muss jeder seinen Anteil dazu leisten.

Als jüngster Gemeinderat einer unterrepräsentierten Generation dieses Gremiums fordere ich alle Fraktionen auf, sich ideologiebefreit, neutral und umfassend mit Zukunftsthemen auseinanderzusetzen. Diejenigen, die sich dem erneut verweigern, verwirken ihren moralischen Zeigefinger in Bezug auf Nachhaltigkeit, Chancengleichheit und vor allem finanzieller Verantwortung.

Die WBB sagt Danke!

Wir möchten unseren aufrichtigen Dank an alle Bürgerinnen und Bürger aussprechen, die sich in Vereinen, Initiativen, der Nachbarschaftshilfe, in Kirchen oder sozialen Verbänden – oder auf andere Art und Weise – für das Wohl der Gemeinde und ihrer Mitmenschen einsetzen und dabei viel Lebenszeit und Kraft investieren.

Ein besonderer Dank gilt auch allen Mitarbeitenden der Verwaltung, unter der Leitung von Bürgermeister Bänziger, des Bauhofs sowie unseren Eigenbetrieben, die sich tagtäglich aufs Neue darum bemühen, unser Dorf lebenswert zu gestalten.

Wir stimmen der Verwaltungsvorlage mit unseren Anmerkungen und damit der Haushaltssatzung des Jahres 2025 sowie den Wirtschaftsplänen der beiden Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu.

Haushaltsrede der Fraktion der Grünen Liste Weingarten

gehalten von Gemeinderätin Sonja Güntner



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

wir wollen heute den Haushalt der Gemeinde Weingarten und die Haushalte der Eigenbetriebe Wasser und Abwasser für das Jahr 2025 verabschieden. Nach den Haushaltsberatungen sieht der Haushaltsplan für 2025 34,41 Mio. Euro ordentliche Erträge vor. Dagegen stehen 35,253 Mio. € ordentliche Aufwendungen. **Ohne viel Kopfrechnen ist klar: die Aufwendungen sind höher als die Erträge. Es fehlen 842.000 €.** Doch wie jedes Jahr planen wir zusätzlich mit außerordentlichen Erträgen, was laut Plan dazu führen soll, dass wir die Lücke von 842.000 € schließen können und noch einen Überschuss erzielen.

Als wir im Herbst 2024 die Haushaltsberatungen für das Jahr 2025 begonnen haben, war nicht nur aufgrund der steigenden Kreisumlage, sondern auch aus anderen Gründen der Entwurf für den Haushalt 2025 im ordentlichen Ergebnis mit über 2,7 Mio. Euro im Minus. Im Zuge der Beratungen wurde der Haushalt optimiert. Es wurden unter anderem über alle Bereiche hinweg 1 % Minderausgaben eingeplant, die Personalausgaben präziser erfasst, und hier und da kleinere Einsparmöglichkeiten gefunden. Wie bereits gesagt ist das ordentliche Ergebnis weiter negativ, wenn auch nur noch mit 842.000 € Euro. Dieses Mal kann der Haushalt **durch Grund-**

stücksverkäufe, das steht hinter den außerordentlichen Erträgen, ausgeglichen werden. Aber, wie wir alle wissen, können Grundstücke nur einmal verkauft werden.

Für die Folgejahre sieht es für den Haushalt deutlich schlechter aus. **In den Folgejahren benötigen wir entweder jedes Jahr mindestens zwischen 2 bis 3 Mio. € höhere Erträge oder wir müssen diesen Betrag einsparen.** Denn die Aufwendungen werden deutlich steigen, aufgrund der weiter steigenden Kreisumlage, aufgrund der üblichen jährlichen Kostensteigerungen und aufgrund steigender Abschreibungen. Es ist offensichtlich, dass entweder die Aufwendungen erheblich reduziert oder die Erträge erheblich gesteigert werden müssen. Es ist dabei zu einfach, die finanziellen Schwierigkeiten auf die steigende Kreisumlage zu schieben. Wir leben in Weingarten nicht auf einer Insel. Wir sind angewiesen auf unser Umland, auf den Landkreis, auf das Land Baden-Württemberg, auf Deutschland. Wir sind angewiesen auf Straßen und Bahnstrecken, auf Schulen und Universitäten, auf Ärzte, Krankenhäuser und Pflegeheime. Dies alles und weiteres mehr benötigen wir; nicht alles haben wir in Weingarten. Jedes Jahr steigen überall die Kosten, wie auch bei uns in Weingarten selbst.

Die Haushaltsberatungen haben wieder einmal gezeigt, dass es sehr schwierig ist, Aufwendungen zu reduzieren. **Die allermeisten Aufwendungen sind Pflichtaufgaben der Gemeinde Weingarten.** Eine Reduzierung in dem benötigten Umfang – wir reden wie schon gesagt von mindestens 2 bis 3 Mio. € pro Jahr – ist nur möglich, wenn Leistungen massiv gekürzt werden, falls dies überhaupt gesetzlich möglich ist. Derartige Belastungen möchten wir vermeiden. Als weiteres Problem kommt hinzu: auch für Weingarten ist es eine zunehmende Herausforderung, ausreichend Personal zu finden und zu halten. Ohne ausreichendes und motiviertes Personal können die vielen notwendigen Arbeiten nicht erledigt werden. Und dieses Personal müssen wir angemessen bezahlen.

Bleibt eine Steigerung der Erträge. Im Rahmen der Haushaltsberatungen ist auch wieder deutlich geworden, dass die Gemeinde Weingarten nur wenige Möglichkeiten hat, Erträge zu erhöhen. **Erträge der Gemeinden können aus vier Quellen stammen.**

Das wären zum einen **Gebühren:** Gebühren für Kita- und Kindergartenplätze, für die Nutzung des Friedhofs, für die Nutzung der Sporthallen und des Schwimmbads und weiteres mehr. Die Gemeinde Weingarten hat in den letzten Jahren alle Gebührenordnungen überarbeitet und die Gebühren in vielen Fällen erhöht. Geplant sind 2025 Erträge aus Gebühren in einer Höhe von 1,9 Mio. €. Um hier in Zukunft höhere

Erträge zu erzielen, müssten wir also die Gebühren deutlich erhöhen. Dies wollen wir nicht. Die Belastung in Weingarten ist zum Teil sehr hoch im Vergleich zu umliegenden Gemeinden und eine deutliche Erhöhung der Kindergartengebühren zum Beispiel würde einseitig Familien treffen, während gleichzeitig auch in Weingarten die verlässliche Betreuung der Kinder aufgrund Personalmangels nicht mehr gewährleistet werden kann.

Eine andere Einnahmemöglichkeit bieten **Steuern**. An dieser Stelle sind Steuern gemeint, die die Gemeinde erhebt, also zum Beispiel die Grundsteuer mit 1,539 Mio. € im Jahr, die Gewerbesteuer mit 7,25 Mio. €, sowie sonstige Steuern (Zweitwohnungssteuer, Vergnügungssteuer und Hundesteuer) mit 272.000 €. Auch hier würden bei einer deutlichen Erhöhung unverhältnismäßige Belastungen drohen:

Eine Erhöhung der Grundsteuer würde die Senkung der Grundsteuer für die zurückgängig machen, die in Mehrfamilienhäusern wohnen und das sind die eher nicht Wohlhabenden, und zusätzliche Belastungen für die bringen, die aufgrund großer Grundstücke mittlerweile mehr Grundsteuer zahlen.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würde alle Unternehmen treffen, auch den kleinen Handelsbetrieb.

Kredite sind unter Umständen sinnvoll und notwendig, wenn sie aufgenommen werden um in unsere Infrastruktur zu investieren. Von diesen Investitionen profitieren nicht nur wir heute, sondern insbesondere zukünftige Generationen, zum Beispiel durch geringere Kosten aufgrund energetischer Sanierungen, zum Beispiel durch eine funktionierende Wasserversorgung, zum Beispiel durch eine klimaneutrale Gemeinde, zum Beispiel durch eine zukunftsorientierte Schule, die unsere Kinder optimal auf das spätere Erwachsenenleben vorbereitet.

Um aber laufende Kosten zu finanzieren, dürfen niemals Kredite aufgenommen werden. Und wir dürfen auch nicht zu viele Kredite aufnehmen. Wie wir alle wissen, müssen sie zurückgezahlt werden.

Der größte Teil der Erträge der Gemeinde Weingarten entfällt auf die sonstigen Erträge und Einzahlungen. Darunter fallen zum Beispiel Steuerzuweisungen, also Anteile an der Einkommenssteuer, Anteile an der Umsatzsteuer, außerdem Schlüsselzuweisungen, Fördermittel, Zinsen, Mieten und Pachten. **Dies sind die Erträge, die eine Gemeinde in erster Linie nutzen soll, bevor sie Gebühren oder gemeindeeigene Steuern erhöht und damit die Weingartener Bevölkerung belastet.** In diesem Bereich hat die Gemeinde Weingarten noch Möglichkeiten höhere Erträge zu erzielen. Wir benötigen, das sei nochmals gesagt, jährlich mindestens 2 bis 3 Mio. € höhere Erträge.

Deswegen hat die Grüne Liste Weingarten zusammen mit WBB und SPD den Antrag gestellt die Verpachtung gemein-

deigener Flächen im Vorranggebiet Windkraft auszuschreiben. Wenn Windkraftanlagen kommen können, dann soll die Gemeinde Weingarten bestmöglich davon profitieren. Ziel ist es mindestens 1 Million Euro pro Jahr zu erwirtschaften.

Genauso gut könnte die Gemeinde Weingarten auf Teilen des Baggersees eine schwimmende Photovoltaikanlage ausschreiben und hier weitere Einnahmen generieren. Obwohl der Baggersee weiter zum Baden, zum Segeln, zum Angeln genutzt werden könnte, ist es für manche eine Zumutung, sich den Baggersee mit einer Photovoltaikanlage zu teilen. Warum eigentlich? Der Baggerbetrieb dagegen scheint nicht zu stören, sorgt er doch dafür, dass unser See größer wird bzw. nur aufgrund des Baggerbetriebs gibt es überhaupt den See. Ist es wirklich die beste Strategie für die Gemeinde Weingarten, auf diese Einnahmen zu verzichten?

Was spricht dagegen, wenn Windräder kommen, dafür zu sorgen, dass diese auf gemeindeeigenen Flächen errichtet werden, damit die Gemeinde von den Einnahmen profitiert: durch Pachteinnahmen, durch eine Beteiligung, durch günstigeren Strom. Warum sollten wir uns nicht dafür einsetzen, dass auch die Weingartener Bevölkerung von einem Bürgerstrombonus profitiert und weitere Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden.

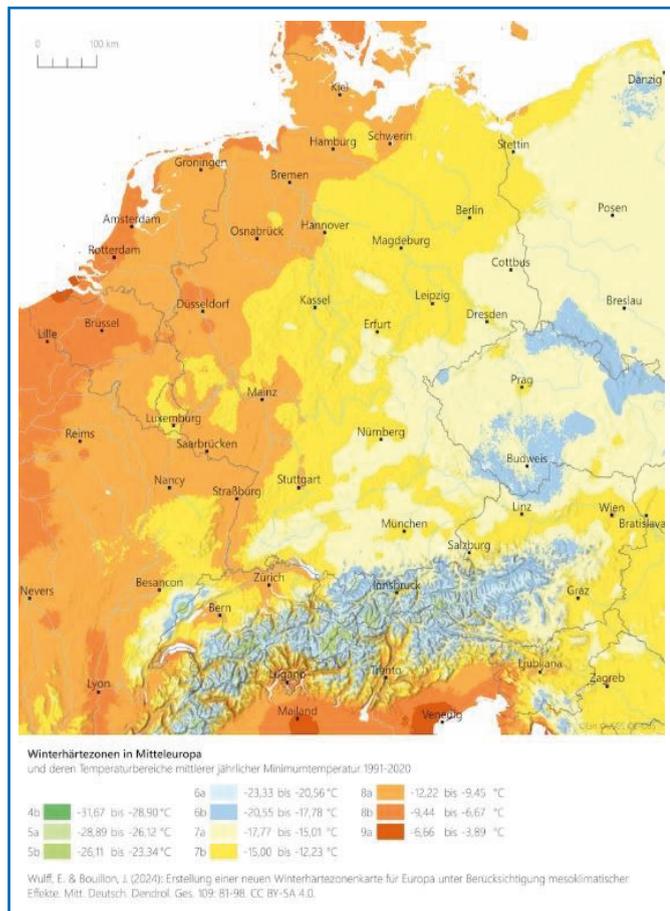
Andere Gemeinden haben damit kein Problem. Zum Beispiel der Rhein-Hunsrück-Kreis, wie der ehemalige Landrat Herr Bertram Fleck – übrigens CDU – es dem Gemeinderat vor ein paar Jahren ausführlich und eindrücklich dargestellt hat.

Zum Beispiel die Stadt Osterwieck in Sachsen-Anhalt. Dort kostet die Kilowattstunde Strom nur 28 Cent, für Wärmepumpen und E-Autos sogar nur 22 Cent. Die Stadt profitiert von Gewerbesteuereinnahmen und Gewinnbeteiligung und jedes Jahr können 100.000 € den Vereinen zur Verfügung gestellt werden.

Zum Beispiel viele weitere Gemeinden direkt auf der anderen Rheinseite in Rheinland-Pfalz. Oder zum Beispiel die Stadt Bruchsal, sowie weitere Gemeinden im Landkreis Karlsruhe, die Windkraftanlagen positiv sehen.

Nach den Naturschutzgutachten ist es möglich, Windräder auf unserer Gemarkung zu errichten. Es ist möglich, dabei Naturschutzbelange sowohl beim Bau, im Betrieb, als auch beim Rückbau zu berücksichtigen und zu verlangen. Unser Wald ist durch den Klimawandel stark geschädigt; es ist vertretbar, an drei Stellen kleine Waldflächen aufzugeben. Waldflächen, die im Übrigen an anderer Stelle wieder angelegt werden müssten. Der Wald wird nicht weniger, nicht in der Größe. **Aber der Wald wird sich aufgrund des Klimawandels weiter stark verändern. Wie sehr er sich verändern wird, hängt auch davon ab, ob wir es schaffen, unseren Beitrag zur Klimaneutralität zu leisten.** Der Klimawandel ist da, so wurde kürzlich eine neue Winterhärtezonenkarte für Mitteleuropa berechnet. Bei uns in Weingarten ist es eine

Halbzone wärmer geworden.



Eine der wichtigsten Investitionen der nächsten Jahre wird der Schulneubau sein. Wie bereits im Herbst 2023 gefordert, ist seit Anfang 2025 endlich ein Projektsteuerer beauftragt, die Schule in Grundzügen zu planen und einen Überblick über die Finanzierungsmöglichkeiten zu erstellen. Ein sehr wichtiger Baustein der Finanzierung wird die zukünftige Ertragslage der Gemeinde Weingarten sein.

Sehr wichtig ist für die Grüne Liste Weingarten, **dass für unsere Kinder und Jugendlichen gebaut wird**. Nicht für Erwachsene, die Geld sparen wollen oder in erster Linie nur an Stellplätze für Autos denken. Wir benötigen eine Schule mit hoher Aufenthaltsqualität, denn eine reine Vormittagschule wie früher gibt es nicht mehr. Neben angenehmen Lernräumen werden auch Räume für Freizeitgestaltung oder einfach nur zum Ausruhen benötigt. Ein Billig-Beton-Bau, der klimaschädlich und nach kurzer Zeit wieder sanierungsbedürftig ist, ist keine Option. Wir müssen richtig bauen: das geht, schnell und günstig in Holz-Hybridbauweise, an anderen Orten wird dies bereits gemacht. Und wir benötigen eine Schule, die wir im Bedarfsfall erweitern oder im Inneren umstrukturieren können. Es sollte nicht nur einen Schulhof, sondern mehrere geben – attraktiv mit Bepflanzung, Spielmöglichkeiten und Treffpunkten, die auch bei Hitze und Regen nutzbar sind.

An anderer Stelle müssen wir – auch wenn es uns gelingt,

die Ertragslage der Gemeinde Weingarten zu verbessern – Kosten einsparen. Wenn uns dies gelingt, ohne in größerem Umfang Leistungen zu streichen, umso besser. Im Bereich Klimaschutz sind wir hier auf einem sehr guten Weg. Für unsere Fraktion war es selbstverständlich der Ausschreibung des Baus einer Photovoltaikanlage auf dem Feuerwehrhaus zuzustimmen. Ebenso der Installation von Photovoltaikanlagen auf dem Wasserhochbehälter Katzenberg, dem Kindergarten Bullerbü und ganz neu auf der Gemeinschaftsunterkunft in der Dörnigstraße. In der Regel wurden und werden Stromspeicher eingebaut. Dies sind viele Schritte auf dem Weg zur Klimaneutralität der Gemeinde Weingarten und wir sparen damit auf Dauer Kosten.

Das in die Jahre gekommene Klärwerk des Abwasserzweckverbands am Walzbach wird in den nächsten Jahren ertüchtigt und umgebaut. Aus dem Klärschlamm wird dann eigenes Biogas produziert und in einem Blockheizkraft in Wärme und Strom für die Klärung unserer Abwässer umgewandelt. Wenn dann auf den Flächen und Gebäudedächern des Abwasserzweckverbands noch Photovoltaikanlagen installiert werden, **ist es möglich, dass das Klärwerk bis 2030 klimaneutral betrieben werden kann. Zudem sparen wir auch hier erhebliche Kosten.**

Kosten sparen wir zudem durch energetische Sanierungen. Die Gemeinde betreibt sehr viele Gebäude, und der kürzlich vorgestellte Energiebericht hat viele Einsparmöglichkeiten identifiziert. Aufgrund der vielen Aktivitäten im Bereich Klimaschutz hat die Gemeinde Weingarten vor kurzem den European Energy Award mit einem für die Erstzertifizierung hervorragenden Ergebnis überreicht bekommen. Ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten für diesen Erfolg.

Ende letzten Jahres haben wir die 1. Offenlage des Energieplans beschlossen. Der Energieplan ist eine sehr wichtige Grundlage auf dem Weg zur Klimaneutralität und umfasst eine Analyse sowohl der zukünftigen Versorgung mit Wärme, als auch der zukünftigen Versorgung mit Strom. Der **Energieplan** beschäftigt sich im ersten Schritt mit den Möglichkeiten, die sich Weingarten bieten. Welche Energieformen wir in Zukunft tatsächlich nutzen werden, ist noch offen.

Im Energieplan sind Wärme- und Strombedarf für alle Sektoren, private Haushalte, Gewerbe und Gemeinde erstmals übersichtlich beziffert. Ebenso sind die Möglichkeiten berechnet, die wir auf Weingartener Gemarkung haben oder nicht haben, um unseren Wärme- und Strombedarf selbst zu erzeugen. Viele private Haushalte haben in den letzten Jahren in eigene Photovoltaikanlagen und Stromspeicher investiert. Gebäude werden – nicht nur in den geförderten Sanierungsgebieten – saniert, und es werden Wärmepumpen installiert. Zu tun gibt es noch einiges. Der Stromverbrauch der privaten Haushalte in Weingarten lag im Jahr 2022 bei ca. 15.000 MWh. Durchschnittlich wurden ca. 1430 kWh pro Person verbraucht. Auch im privaten Bereich gibt es wie bei der Gemeinde Weingarten noch Einsparpotenzial.

Stromspiegel für Deutschland 2022/23

Gebäudetyp	Warmwasser	Personen im Haushalt	Verbrauch in Kilowattstunden (kWh) pro Jahr						
			A	B	C	D	E	F	G
Haus	ohne Strom	1 Person	bis 1.400	bis 1.800	bis 2.200	bis 2.600	bis 3.400	bis 4.500	über 4.500
		2 Personen	bis 2.000	bis 2.500	bis 2.800	bis 3.100	bis 3.500	bis 4.300	über 4.300
		3 Personen	bis 2.500	bis 3.000	bis 3.500	bis 3.900	bis 4.400	bis 5.200	über 5.200
	mit Strom	1 Person	bis 2.800	bis 3.500	bis 3.900	bis 4.300	bis 5.000	bis 6.000	über 6.000
		2 Personen	bis 3.200	bis 4.000	bis 4.500	bis 5.200	bis 6.000	bis 7.600	über 7.600
		3 Personen	bis 4.000	bis 5.000	bis 5.500	bis 6.000	bis 7.000	bis 8.900	über 8.900
Wohnung	ohne Strom	1 Person	bis 800	bis 1.000	bis 1.300	bis 1.500	bis 1.700	bis 2.100	über 2.100
		2 Personen	bis 1.400	bis 1.700	bis 2.000	bis 2.300	bis 2.500	bis 3.000	über 3.000
		3 Personen	bis 1.700	bis 2.100	bis 2.500	bis 2.900	bis 3.300	bis 3.800	über 3.800
	mit Strom	1 Person	bis 1.800	bis 2.300	bis 2.600	bis 3.000	bis 3.600	bis 4.400	über 4.400
		2 Personen	bis 1.500	bis 2.100	bis 2.700	bis 3.400	bis 4.100	bis 5.500	über 5.500
		3 Personen	bis 1.100	bis 1.400	bis 1.600	bis 1.900	bis 2.200	bis 2.800	über 2.800

Legende:
 ■ A = gering: Glückwunsch, Sie verbrauchen viel weniger Strom als vergleichbare Haushalte.
 ■ B = niedrig: Sie benötigen weniger Strom als vergleichbare Haushalte. Doch auch Sie können noch sparen.
 ■ C und D = mittel: Ihr Verbrauch liegt im Schnitt bzw. leicht darunter. Nutzen Sie alle Möglichkeiten zum Stromsparen aus.
 ■ E und F = hoch: Sie verbrauchen mehr Strom als jeder zweite vergleichbare Haushalt. Stromsparen lohnt sich für Sie besonders.
 ■ G = sehr hoch: Sie sollten dringend handeln. Sie verbrauchen mehr Strom als 85 % aller vergleichbaren Haushalte.

Quelle: co2online

Weiter kümmern müssen wir uns um die **Klimaanpassung** in unserer Gemeinde. Das kostet zwar Geld, doch ein funktionsfähiger Hochwasserschutz ist besser als ein Hochwasserschaden. Für dieses Jahr sind wieder Investitionen in unser Hochwasserrückhaltebecken vorgesehen. Hoffen wir, dass die schon seit Jahren geplanten Arbeiten endlich durchgeführt werden können. Starkregen können auch in Weingarten auftreten. Hierzu wird eine Starkregengefahrenkarte erstellt und es werden Hilfsmittel für die Feuerwehr angeschafft.

Weingarten kann sich glücklich schätzen, eine Fahrzeughalle und weitere Ausrüstung von der Firma Kleiberit finanziert zu bekommen. Es fallen zwar auch Kosten für die Gemeinde an, und eine Hecke und Bäume müssen weichen, doch unsere Feuerwehr ist in Zukunft noch besser ausgestattet und Geräte, die aktuell noch im Freien stehen, können wetterfest untergebracht werden.

Allen Sparbemühungen zum Trotz wollen wir eine lebendige Ortsmitte. Insgesamt 19 sehr konkrete und hervorragend dargestellte Handlungsimpulse dafür wurden im Projekt „Qualitätserfassung von Ortsmitten“ von einem externen Büro erarbeitet, finanziert vom Land Baden-Württemberg. Jeder Fußgänger und Fahrradfahrer würde sich sehr freuen, wenn nur einige Vorschläge zur Verbesserung der Aufenthalts- und Verkehrsqualität in unserer Ortsmitte umgesetzt werden.

Zum Beispiel vernünftige und ausreichende Fahrradabstellanlagen unter anderem vor dem Nahkauf.

Zum Beispiel mehr Sitzgelegenheiten in der Bahnhofstraße. Zum Beispiel mehr Barrierefreiheit durch abgesenkte Bord-

steine und mehr barrierefreie Geschäfte.

Zum Beispiel durch Überquerungsmöglichkeiten für Fußgänger im Bereich Kanalstraße /Paulusstraße/Bahnhofstraße. Aktuell ist es ohne einen größeren Umweg nicht möglich, in diesem Bereich die Bahnhofstraße zu überqueren.

Auch die weiteren Handlungsimpulse sind größtenteils ohne größeren finanziellen Aufwand realisierbar.

Handlungsimpuls Nr. 10

Kommune / Ortsteil: Weingarten (Baden)
Straßenkategorie: Gemeindestraße
Baulastträger Straße: Gemeinde
DTV²: Keine Daten
Vzeit: 30 km/h

Lage: Bahnhofstraße Nr. 73 (Supermarkt)
Kategorie Fußverkehr:

Mangelbeschreibung:
 Es fehlt eine Querungsmöglichkeit für den Fußverkehr vor dem Supermarkt. Durch den Supermarkt besteht ein hoher punktueller Querungsbedarf.

Handlungsimpuls:
 Priorisierung des querenden Fußverkehrs durch Einrichtung einer Querungsstelle mit Gehwegnase. Die Einrichtung eines Fußgängerüberwegs ist aufgrund der Tempo-30-Zone unüblich. Zur Einrichtung der Querungsstelle bietet sich ein Standort östlich des Supermarktes an – dort wo sich aktuell Senkrechtparkstände befinden. Bei Entfernung dieser kann die freigewordene Fläche zusätzlich der Aufenthaltsfläche am Knotenpunkt zugesprochen werden.

Quelle: Qualitätserfassung von Ortsmitten in Baden-Württemberg, Planersocietät Frehn Steinberg Partner GmbH und Pesch Partner Architektur und Stadtplanung GmbH, Stand 03/2024

Weingarten ist bekannt für seine sehr hohe Bürgerbeteiligung, unter anderem bei politischen Entscheidungen, sowohl in Bezug auf Themen in der Gemeinde als auch darüber hinaus, wie wir es mit der sehr hohen Wahlbeteiligung von über 86 % bei der Bundestagswahl vorgestern wieder erlebt haben. Weingarten ist auch bekannt für das vielfältige ehrenamtliche Engagement, sei es in der Feuerwehr, dem Deutschen Rotes Kreuz oder der DLRG, in den vielen Vereinen, in den kirchlichen Einrichtungen oder in privaten Initiativen. Dieses hohe Bürgerengagement unterstützt und fördert die Gemeinde. Seit 2024 erhalten die Vereine insbesondere im Bereich Jugendarbeit eine deutlich erhöhte Förderung.

Wir danken allen ehrenamtlich tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sehr herzlich für das vielfältige Engagement. Wir danken Ihnen, Herr Bürgermeister, und allen für unser Weingarten tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für den im letzten Jahr wiederum gezeigten sehr hohen Einsatz. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Ge-



meinderates, wir bedanken uns für die offene und faire Zusammenarbeit, die in vielen Fällen, wenn auch nicht in allen Fällen, über Fraktionsgrenzen hinweg zu guten Lösungen für Weingarten geführt hat.

Wir stimmen dem Haushalt und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe zu.



Haushaltsrede der FDP-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Matthias Görner



„Steig nicht zu hoch“ - rief Dädalus seinem Sohn Ikarus auf der Flucht von der Insel Kreta zu. Sie hatten an ihren Armen selbstgefertigte Gestänge aus Federn befestigt, um ihrer Gefangenschaft im Labyrinth des Königs Minos zu entkommen. Zunächst verlief ihre Reise durch die Luft erfolgreich, doch nach einigen Meilen verhallten die warnenden Worte des Vaters wirkungslos im Blau über dem ägäischen Meer. Ikarus flog höher und höher, bis die Hitze der Sonne das Wachs, das die Federn zusammenhielt, zum Schmelzen brachte - und er ins Meer stürzte.

Dieser mythische und zugleich tragische erste Flug der Menschheitsgeschichte ist reich an Facetten. Er symbolisiert nicht nur, dass warnende Worte in der Regel ungehört verhallen, sondern zeigt auch gleichzeitig die fatalen Folgen von Selbstüberschätzung auf. Versäumt man den Abgleich zwischen eigenem Leistungsvermögen und den für eine Aufgabe notwendigen Kapazitäten, so ist Scheitern vorprogrammiert. Geschieht dies im privaten Umfeld, nennt man es Lernen durch Schmerz. Im öffentlichen Bereich wird es kritisch für andere Menschen, und daher ist besondere Vorsicht geboten.

Fliegen wir mit unseren Vorhaben zu hoch? Wir meinen ja. Reichen unsere Ressourcen für die vor uns liegenden Aufgaben? Wohl kaum. Können wir unser Leistungsspektrum dauerhaft gewährleisten? Eher nicht. Und können wir weitere Reserven mobilisieren? Nur bedingt. So lautet zusammengefasst die Einschätzung der FDP-Fraktion zu dem in den vergangenen Monaten beratenen Haushaltsplanentwurf und insbesondere zu dem für die kommenden Jahre geplanten Investitionsprogramm unserer Gemeinde. Dabei identifizieren wir fünf Risiko-

felder, die uns besondere Sorgen bereiten und die wir daher auch hier etwas ausführlicher ansprechen möchten:

Das Gewerbegebiet Sandfeld

Bald fünfzehn Jahre nach dem Aufstellungsbeschluss stehen nun die in Richtung Baggersee gelegenen Flächen kurz vor ihrer Erschließung. Dies nennt man Deutschlandtempo. Gleichzeitig befindet sich unsere Wirtschaft nach einem über drei Jahre währenden grün eingefärbten Deindustrialisierungsprogramm in einer seit Gründung der Bundesrepublik noch nie dagewesenen Rezession. Gewerbeflächen sind in unserer Region ein knappes Gut, doch rollt momentan eine Insolvenzwelle durch unser Land, und nicht nur junge, motivierte und gut ausgebildete Menschen, sondern auch Kapital wandern ab. In Deutschland wird nicht mehr investiert. Wir fragen uns daher, ob wir im gegenwärtigen Umfeld unsere selbstgesteckten Ziele erreichen und die innovativen Betriebe mit hoher Arbeitsplatzdichte und Wertschöpfung ansiedeln können, von denen wir seit Jahren träumen. Gleichzeitig muss uns bewusst sein, dass eine Bevorratung von Teilflächen für „bessere Zeiten“ ihren Preis hat: Halten wir nur ein Drittel der Grundstücke als Reserve vor, so belasten knapp 200.000 € an Zinsen unsere zukünftigen Haushalte, und wir geraten noch mehr unter Druck. Wir brauchen daher baldmöglichst eine Liste der an den Gewerbegrundstücken interessierten Betriebe. Diesen ist umgehend der Kaufpreis der Flächen mitzuteilen. Danach ist gemäß dem von der FDP-Fraktion schon vor fünf Jahren beantragten Kriterienkatalog zu verfahren. Wir wollen keine Lagerhallen und keine Expeditionen, sondern Betriebe, die qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen und damit einen wertvollen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten.

Das Baugebiet „Kirchberg-Mittelweg“

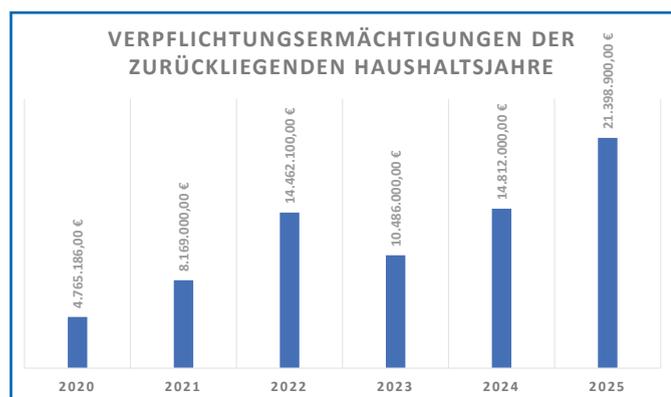
Mit der Erschließung des Baugebietes „Kirchberg-Mittelweg“ begeben wir uns in einen Fluss, dessen Tiefe und Strömung wir nicht kennen. Vor wenigen Wochen hat der Gemeinderat die Vergabe von Probebohrungen an dem auf brachiale Weise gerodeten Steilhang vergeben, und somit kann noch niemand die Summe für den Bau von Stützmauern, des Brückenbauwerks und der Straßen genau abschätzen. Nach Aussage der Verwaltung wird uns die Erschließung mehr kosten werden, als wir an Wertabschöpfung und Beiträgen einnehmen werden. Völlig im Unklaren bleiben wir nach wie vor über die Interessenlage der Grundstückseigentümer: Wollen diese selbst bauen? Müssen sie nach Erhalt der Beitragsbescheide ihre Flächen verkaufen? Wer wird diese Grundstücke sodann erwerben? Die Hoffnung, dass gutsituierte Personen aus der Region den Kirchberg-Mittelweg in ein Weingartener Nobelviertel verwandeln und mit ihrem Einkommenssteueranteil unsere Haushaltssituation verbessern scheint uns jedenfalls ausgesprochen vage. Eines steht jedoch heute schon fest: Der „Kirchberg-Mittelweg“ wird in die Ortsgeschichte als das Baugebiet eingehen, das keiner wollte, das aber auch gleichzeitig niemand zu stoppen imstande war.

Der geplante Schulneubau auf dem Festplatz

47,5 Mio., in Worten siebenundvierzigkommafünf Millionen € beträgt der Haushaltsansatz für den Neubau einer Schule auf dem Festplatz in unserer bis 2028 reichenden mittelfristigen Finanzplanung. Dieser enormen Summe stehen erwartete Zuschüsse in Höhe von 10 Mio. € gegenüber, und somit verbleiben immer noch bald 40 Mio. € als von der Gemeinde zu finanzierender Anteil. Nach wie vor können wir nicht nachvollziehen, warum wir einen Projektsteuerer für über 300.000 € brauchen, um folgende einfache überschlägige Kalkulation zu machen: Selbst wenn wir die Baukosten mit 5.000 € pro Quadratmeter recht niedrig ansetzen und den Flächenbedarf von derzeit 12.000 auf 10.000 qm reduzieren landen wir immer noch bei einer Gesamtsumme von 50 Mio. €. Deren Kreditfinanzierung - Eigenmittel sind keine vorhanden - belastet unsere zukünftigen Haushalte mit rund 1,8 Mio. € jährlich, hinzu kommen Abschreibungen in Höhe einer weiteren Mio. €. Man braucht wahrhaftig nur die vier Grundrechenarten zu beherrschen, um zu erkennen, dass das Vorhaben außerhalb unserer Reichweite liegt. Schon heute erwirtschaften wir regulär keinen Überschuss, sondern ein jährliches Defizit in der Größenordnung von rund 1,5 Mio. € pro Jahr, und es verwundert uns, dass diejenigen, die den vielstrapazierten Begriff der Nachhaltigkeit am häufigsten verwenden, die wenigsten Hemmungen verspüren, uns noch weiter zu verschulden und damit nachfolgenden Generationen kaum tragbare Lasten aufzuerlegen. Nicht zuletzt sollte uns auch bewusst sein, dass wir in unserem Finanzgebaren keine Narrenfreiheit genießen, sondern einer Kontrolle durch die Rechts- und Kommunalaufsicht unterliegen und dass weitere Kreditaufnahmen von dort zu genehmigen sind.

Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen

Eine Vorstufe der kommunalen Verschuldung sind die sogenannten Verpflichtungsermächtigungen. Sie gestatten es einer Gemeinde, bei sich über längere Zeiträume erstreckenden Investitionsvorhaben einen finanziellen Vorgriff auf die kommenden Haushalte zu tätigen. Daher bedürfen sie ebenfalls einer genauen Prüfung durch das Landratsamt. Lag deren Gesamtsumme seit Einführung der Doppik maximal bei ca. 15 Mio. €, so steigen sie nun sprunghaft auf über 21 Mio. € an.



Durch diesen Kunstgriff sieht der nun zur Verabschiedung anstehende Haushalt besser aus - zu Lasten der Folgejahre, in denen die Kreditaufnahmen jeweils 9,7, 11,6 und 19,5 Mio. € betragen sollen. Ist also der Startschuss für ein einzelnes Investitionsvorhaben gefallen, so gibt es kein Zurück mehr. Umso sorgfältiger müssen wir daher die gesamten Auswirkungen jedes einzelnen Projektes abwägen.

titionsvorhaben gefallen, so gibt es kein Zurück mehr. Umso sorgfältiger müssen wir daher die gesamten Auswirkungen jedes einzelnen Projektes abwägen.

Die langfristigen Folgen unserer Investitionsentscheidungen

Die FDP-Fraktion hat schon immer nicht nur dem laufenden Haushaltsjahr, sondern auch der Finanzplanung besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Leider erstreckt sich diese nur auf die drei kommenden Jahre, also bis einschließlich 2028. Was danach geschehen wird verbirgt sich unserem Blick - und doch können wir bereits heute manche Konsequenzen unserer Entscheidungen abschätzen. Wir wollen innerhalb von vier Jahren phantastische 96 Mio. € investieren - finanziert über Verkauf von Gemeindeflächen und über zusätzliche Schulden in Höhe von 45 Mio. €. Gleichzeitig bleiben innerhalb des Zeithorizonts unsere jährlichen Abschreibungen nahezu konstant. Die Begründung der Verwaltung ist ebenso einfach wie realitätsfern: Die einzelnen Vorhaben werden ja bis zum Ende des Planungszeitraumes noch gar nicht fertiggestellt sein, also können wir diese noch gar nicht abschreiben. Was mit dem kommunalen Haushaltsrecht möglicherweise konform sein mag, birgt zwei enorme Gefahren in sich: Erstens werden in den Folgejahren zusätzliche Finanzmittel für die Fertigstellung unserer Projekte benötigt werden. In einer noch im Innenausbau befindlichen Schule kann man nicht unterrichten. Gleichzeitig müssen alle Vorhaben nach Inbetriebnahme „aktiviert“, das heißt über einen Zeitraum von meist fünfzig Jahren zu zwei Prozent p.a. abgeschrieben werden. Bis heute weicht man unserer Frage, wie wir zusätzliche zwei Millionen jährlich erwirtschaften wollen, mit gesenktem Blick aus. Nachhaltigkeit bedeutet für uns jedoch, erkennbare Risiken zu identifizieren und diesen nicht mit formalen Begründungen auszuweichen. Die haushaltsrechtlichen Gesetzmäßigkeiten sind unausweichlich, und daher lautet unsere Konsequenz: Ja, wir fliegen zu hoch! Halten wir am gegenwärtigen Kurs fest, so droht uns das Schicksal einer verarmten Adelsfamilie: Hals über Kopf verschuldet, alle Ländereien veräußert, die Kunstschatze versteigert, kein Geld für die Instandhaltung unseres baufälligen Schlosses - aber dafür aber immer noch eine Menge Standesdünkel und Allüren im Kopf.

Wir maßen uns an, Vorbild zu sein, und hinken doch auf armselige Weise hinterher. Wir wollen verdiente Personen in unserem Ort mit Medaillen beehren und über ihre Lebensleistung urteilen, ohne zu wissen, ob diese überhaupt beglückt werden wollen. Mit unserer Flaggenparade im Ortskern steigen wir ein in die Betreuung des Denkens unserer Bürger, während gleichzeitig Recht und Ordnung erodieren und der öffentliche Raum Verwahrlosungserscheinungen zeigt. Gut ein Drittel unserer Straßenlaternen und Verkehrsschilder neigt sich langsam zur Erde. Mülltonnen stehen satzungswidrig tagelang im öffentlichen Raum. Die Graffiti im Bahnhofsbereich, die Unfähigkeit, in den Wochenendgebieten rechtskonforme Zustände herzustellen, die sich alljährlich um die örtlichen Glascontainer ausbreitenden Flaschenlandschaften sowie die Vermüllung unserer Gemarkung sind Zeichen dafür, dass die zentralen Aufgaben einer Verwaltung, nämlich die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, nicht mehr erfüllt werden und wir

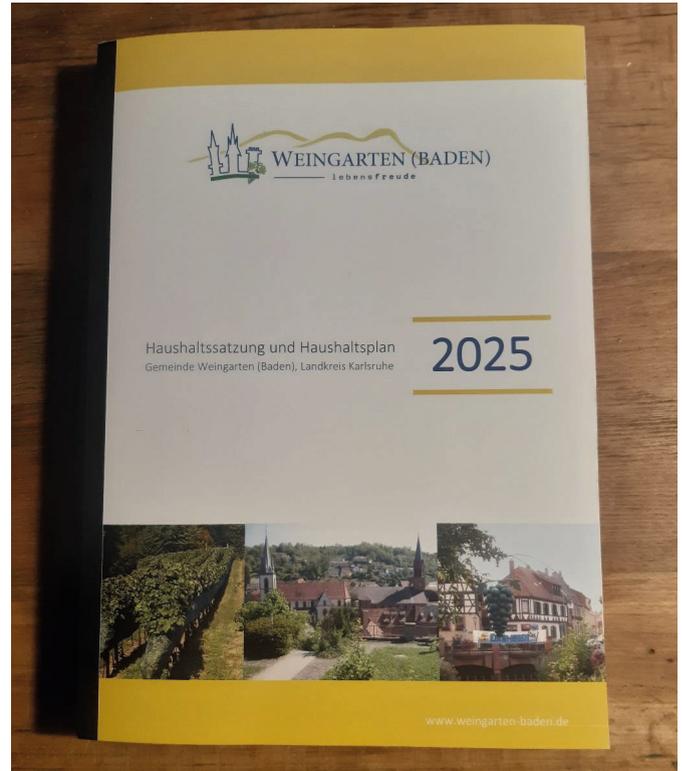
uns statt mit Substanz - mit Symbolik beschäftigen.



Wir wissen nicht mehr, wo genau Oben und Unten ist, und wollen Einfluss auf das Weltklima nehmen. Selbst in den neuen Baugebieten gerät das Pflaster aus den Fugen, doch wir diskutieren über das „Schwammstadtprinzip“ und beschließen Zehntausendeuroabäume. Die sich immer stärker ausbreitende „Abgehobenheit der politischen Klasse“ beginnt bereits auf kommunaler Ebene. Dies ist vielleicht mit ein Grund, dass die FDP in Weingarten mit ihrem Slogan „Kommunalpolitik mit Bodenhaftung“ ein Rekordergebnis erzielt hat. Unsere Bürger haben eine Rückkehr zur Vernunft verdient - und sie artikulieren dieses Verlangen immer deutlicher!

Wie vermeiden wir also den drohenden Sturz ins Bodenlose? Durch den Verkauf und die Zerstörung unseres Waldes und unserer Restnatur für eine Handvoll Euro? Nicht mit uns. Mit einer Absenkung der Pro-Kopf-Verschuldung durch Nachverdichtung und Erhöhung der Einwohnerzahl? Dies wird nicht gelingen. Durch weiteres Drehen an der Steuerschraube? Für die FDP keine Option! Bereits heute überlegt sich eine wachsende Zahl von Menschen gegen Monatsende, ob das Geld für den Wochenendeinkauf noch reicht. Sie fragen sich nicht, ob die Straßenlaterne vor ihrer Haustür mit grünewaschenem Ökostrom versorgt wird, sondern führen einen täglichen Kampf gegen sozialen Abstieg. Dass immer mehr Haushalte ihre Wohnungen nicht mehr angemessen heizen können ist traurige Realität in einem Land, das sich selbst als reich bezeichnet und in einer Art Hans-im-Glück-Mentalität seinen Wohlstand über den ganzen Erdball verstreut. Zwanzig Prozent der Haushalte können nicht mehr in Urlaub fahren. Der Tafelladen in der Bahnhofstraße ist ein Glücksfall für viele Menschen, aber gleichzeitig auch Indiz für eine zunehmende Verarmung, und bereits heute zeichnen sich in Form der vom Bundestag beschlossenen CO₂-Bepreisung ab 2027 weitere Kostensteigerungen für Energie und ein deutliches Anspringen der Inflation an. Der einzige gangbare Weg ist daher eine Abkehr von den in den vergangenen Jahren überproportional gewachsenen Freiwilligkeitsleistungen und eine Konzentration auf unsere Kernaufgaben. Allein der Blick auf unsere in den vergangenen fünfzehn Jahren von rund 90 auf über 220 angewachsenen Personalstellen zeigt uns, dass es so nicht weitergehen kann. Unser völlig überwuchertes Weinberg braucht einen Rückschnitt und Pflege, sonst erstickt er an sich selbst. Im Gegensatz zu einer Mehrheit in diesem Gremium ist unsere Fraktion davon überzeugt, dass eine Reduzierung kommunaler Leistungen keinesfalls die Haushalte ins Bodenlose stürzen wird. Ganz im Gegenteil - Freiheit, Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft gehen Hand in Hand einher mit Lebens-

zufriedenheit. Sie sind Katalysatoren für Kreativität und Solidarität, für private Initiative und Mobilisierung eigener Kräfte, während eine ständige Subventionierung Passivität befördert und unsere örtliche Gemeinschaft in Lethargie verharren lässt.



Trotz dieser kritischen Anmerkungen stimmt unsere Fraktion dem vorliegenden Haushaltsplan sowie den Wirtschaftsplänen für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu. Wir tun dies in der Hoffnung, dass insbesondere die enorme Höhe der Verpflichtungsermächtigungen einer Überprüfung durch die Kommunalaufsicht standhält und dass im Laufe dieses Haushaltsjahres die überfälligen Kurskorrekturen gemeinsam eingeleitet werden. Wir sind Anfang November mit einer geplanten Neuverschuldung in Höhe von 11,9 Mio. € und mit einem jährlichen Defizit von 2,7 Mio. € in die Haushaltsberatungen eingestiegen und haben diese Ansätze auf 4,3 Mio. € bzw. 840.000 € reduziert. Dieses Ergebnis ist im Wesentlichen auf die konstruktive Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion zurückzuführen, für deren Engagement wir hier unseren besonderen Dank aussprechen möchten. Ebenfalls wollen wir an dieser Stelle die Leistung der Finanzabteilung würdigen. Mit unseren Jahresabschlüssen sind wir auf dem Laufenden und damit beispielgebend für eine Vielzahl anderer Gemeinden. Danken möchten wir abschließend auch allen, die sich in irgendeiner Form für unsere gemeinsame Heimat einsetzen, sei dies nun beruflich oder ehrenamtlich, öffentlich wahrnehmbar oder völlig unbeachtet in den Familien, Nachbarschaften oder in den vielen kleinen Zellen der dörflichen Solidarität. In einer Zeit, in der staatliche Institutionen vor ihren eigenen Aufgaben kapitulieren, sind all diese Menschen Hoffnung und Fundament zugleich.

Haushaltsrede der SPD-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Wolfgang Wehowsky



**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,**

wenn jährlich die „Haushaltsreden“ im Gemeinderat anstehen, dann klingt das nach großer Politik und auch in Beiträgen von Mitbürgern in den Sozialen Medien zu kommunalen Themen in Weingarten werden wir Gemeinderäte manchmal als „Politiker“ bezeichnet.

Tatsächlich wird die Politik für die globalen Themen und Probleme, die unsere Gegenwart und Zukunft immer stärker gefährden, noch nicht einmal in Europa, sondern in Washington, Peking und Moskau entschieden. Aktuelles Beispiel sind die Ukraine-Verhandlungen, die über die Köpfe der Europäer zwischen den USA und Russland stattfinden. Und wenn es um politische Entscheidungen für Europa und unser Bundesland geht, dann werden diese in Brüssel, Berlin und letztlich in Stuttgart getroffen – und nicht in Weingarten.

Aber die Gemeinden sitzen am Ende der Kette und müssen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern mit den Auswirkungen der globalen Entwicklungen und der politischen Entscheidungen zurechtkommen. Ob es die Starkregen-Ereignisse in Folge des Klimawandels sind, das Ausweisen von Windkraft-Standorten für die Energiewende, die Unterbringung von Flüchtlingen aufgrund der Konflikte in Vorderasien, in der Ukraine und in vielen anderen Ländern auf der Erde, das Schaffen von zusätzlichem Wohnraum, die Bereitstellung von ausreichenden Schulräumen oder was die Tagesbetreuung von Kindern an-

geht, damit möglichst beide Eltern ganztätig berufstätig sein können.

Wir Gemeinderäte sehen uns als Sachwalter der elementaren Interessen Weingartens und seiner Einwohner.

Zum einen sind die Vorgaben der Politik an die Gemeinden in den letzten Jahren immer weiter gestiegen – und auch die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, aber – und auch das gehört leider zur Wahrheit – ohne dass die hierfür erforderlichen Mittel in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Das **wichtige Konnexitätsprinzip (Wer bestellt, der bezahlt!)** wird weder seitens des Bundes noch des Landes im notwendigen Umfang angewandt. Da helfen alle Appelle der Städte- und Landkreistage an die hohe Politik leider wenig.

Das zeigt sich auch immer deutlicher im Haushalt der Gemeinde und es wird zunehmend schwieriger, mit den verfügbaren Mitteln alle Pflichtaufgaben der Gemeinde zu erfüllen. Es muss an vielen Ecken und Enden gespart sowie über eine Erhöhung von gemeindeeigenen Steuern und Gebühren nachgedacht werden, um zukünftig einigermmaßen über die Runden zu kommen.

Ein paar Kernpunkte zum aktuellen Haushalt:

Der diesjährige Gesamthaushalt schließt mit einer Bilanzsumme von rund 50 Mio. Euro ab.

Im Ergebnis unseres Kernhaushaltes für 2025 sind 34,4 Mio. Euro an Erträgen und 35,2 Mio. Euro an Aufwendungen festzustellen. Das Minus von 842 TDS. Euro wird durch zu erwartende außerordentliche Erträge i. H. v. 5,46 Mio. Euro (Verkauf Grundstücke Durlacher Straße und Gewerbegebiet Sandfeld) zu einem positiven Ergebnis i. H. v. 5,4 Mio. Euro.

Durch Beratungen nach der Einbringung des Haushaltes zwischen November 2024 und Januar 2025 ist es gelungen, auf der Sachkontenebene nochmals rund 1,5 Mio. Euro einzusparen. Hiervon wurden im Kernhaushalt ca. 500.TSD Euro bei internen Personalkosten aufgrund nicht besetzter Stellen eingespart.

Unsere Fraktion hatte zusätzlich eine generelle Ausgabenkürzung über einen globalen Minderaufwand in Höhe von 10 % beantragt. Rechtlich umsetzbar sind nach dem neuen Haushaltsrecht allerdings nur ein Prozent!. Das ergibt immerhin noch **350.000 Euro** an Einsparung im konsumtiven Ausgabenbereich.

Hiermit kann die Leistungsfähigkeit der Gemeinde für 2025 aber dennoch nicht gesichert werden. Ohne Berücksichtigung der erheblich gestiegenen Kreisumlage wäre die Leistungsfähigkeit jedoch gegeben. Wegen der deutlich steigenden defizitären Entwicklung der Ergebnishaushalte in den kommen-

den Jahren werden wir die notwendige Leistungsfähigkeit auch mittelfristig nicht mehr erreichen.

Die **Kreisumlage**, also der Betrag, den die Gemeinde Weingarten jährlich an das Landratsamt überweisen muss, steigt **2025 um 1,5 Mio. Euro auf ca. 6,3 Mio. Euro** und wird bis **2028 ca. 8,6 Mio. Euro (!)** erreichen. Insgesamt beträgt die Erhöhung der Kreisumlage mittelfristig **10,5 Mio. Euro!**

Ursache dafür sind die stark ansteigenden Aufwendungen aufgrund des Bundesteilhabegesetzes für den Landkreis. Die Eingliederungsleistungen für Menschen mit Behinderung sind seit 01.01.2023 aus dem Bundessozialhilfegesetz ausgegliedert und in das Sozialgesetzbuch IX - Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen - integriert worden. Dies führt zur Verlagerung der damit verbundenen Aufwendungen auf die Landkreisebene und belastet letztlich die kommunalen Haushalte.

Beim Forst schließt der Haushalt zum ersten Mal seit Jahren mit 36 TSD. Euro wieder positiv ab. Dies geschieht durch den Verkauf von Ökopunkten, mit der wir zusätzliche Einnahmen erzielen können.

Es wurden **Investitionen** insbesondere für Straßenbau, Kirchberg-Mittelweg, Gewerbegebiet Sandfeld, Schulneubau usw. eingeplant. Mittelfristig müssen allein für die **Turmbergschule 48 Mio. Euro** vorgesehen werden. Das Haushaltsvolumen für Investitionen wurde dieses Jahr auf die Maßnahmen beschränkt, die tatsächlich angegangen werden können.

Lassen Sie mich einen Blick in die Zukunft werfen:

Die Verwaltung hat errechnet, dass wegen der Erhöhung der Kreisumlage und wegen unseren langfristigen Finanzierungsverpflichtungen mittelfristig durchschnittlich jährlich ca. **3 Mio. € an Erträgen im Haushalt zusätzlich erwirtschaftet werden müssen.**

Wie soll das konkret gehen, ohne nochmalige deutliche Steigerung der Grundsteuer oder spürbare Einschränkungen beim Service für unsere Einwohner??

Als Kompensation schlägt die SPD vor, im laufenden Jahr zu klären, wie sich die Entwicklung der Grundsteuer B auf die Unternehmen und Gewerbetreibenden im Vergleich zur Grundsteuer B für Wohnungs- und Eigenheimbesitzer auswirkt. Vermutlich werden die Unternehmen und Gewerbetreibenden in Folge der Grundsteuerreform deutliche Einsparungen erzielen. In diesem Fall sollte zum Ausgleich die Gewerbesteuer entsprechend um mindestens 20 Punkte angehoben werden. Bezogen auf die Einnahmen aus Gewerbesteuer würde dies ein Plus von etwa 400 TSD. Euro bedeuten. Der Gemeinderat von Linkenheim-Hochstetten hat eine entsprechende Anpassung für 2025 bereits vorgenommen.

Darüber hinaus müssen weitere Einnahmequellen geprüft werden. Hierzu plädieren wir unter anderem für die Bereitstellung der **gemeindeeigenen Flächen im Vorranggebiet Winden-**

ergie. Ziel sollte sein, durch eine Ausschreibung der Windenergieanlagen **mindestens eine Million Euro zusätzlich als Einnahme** jährlich zu erzielen, welche dem Gemeindehaushalt und somit allen Weingartener Bürgerinnen und Bürgern direkt zugutekommt. Wer dies nicht akzeptieren kann, muss erläutern, wie er die notwendigen zusätzlichen Einnahmen generieren will, um z. B. den Neubau der Turmbergschule auf dem Festplatz abzusichern. Wer den Ernst der Lage bezweifelt, sollte einmal in den Finanzhaushalt (Seite 67 Ziff. 17) schauen und den steigenden Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts verfolgen. Aus einem Überschuss von 2,46 Mio. Euro im Jahr 2023 werden 2025 bereits 827 TSD. Euro Defizit, welches bis 2028 auf über 1 Mio. Euro anwächst!

Das Thema **„Nahwärme und Energieversorgung“** bleibt für uns ebenfalls auf der Tagesordnung. Wir wünschen uns weiterhin einen Energiemix aus Windkraft, Photovoltaik und Geothermie.

Die Potenzialanalyse zur Erstellung eines kommunalen Energieplans der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe weist ein beträchtliches Potential für Tiefengeothermie auf unserer Gemarkung aus. Diese kann aber erst genutzt werden, wenn die Deutsche Erdwärme dieses Projekt angeht. Inwiefern sich hieraus Einnahmemöglichkeiten für die Gemeinde und somit für die Einwohner von Weingarten ergeben, bleibt abzuwarten.

Wünschenswert wäre aus unserer Sicht in jedem Fall, wenn weitere private Eigentümer ihre Dachflächen mit Photovoltaik versehen würden und somit zur regionalen Energiewende beitragen. Auch die mögliche Ausbringung von Photovoltaik auf einer gegrenzten Fläche des Baggersees sollte auf der Tagesordnung bleiben.

Wie sieht es auf der Ausgabenseite aus?

Mit den in jüngster Vergangenheit bereits erstellten und zukünftig noch geplanten **Neubaugebieten** (ehemaliges Trautweingelände, Waldbrücke) entstehen sehr viele neue Wohneinheiten, in die insbesondere auch junge Familien mit Kindern einziehen. Das hat massive Auswirkungen auf die Anzahl der benötigten Plätze für Kinderbetreuung und Schule.

Trotz der hierdurch entstehenden Kosten bei der Infrastruktur setzen wir uns weiterhin für den Ausbau bzw. Neubau von **Kindertageseinrichtungen** ein. In diese Planungen soll auch eine Betreuungseinrichtung im ehem. Trautweinareal einbezogen werden!

Die Weiterentwicklung des Siegerentwurfs aus dem Architektenwettbewerb zum Bebauungsplan „Breitwiesen Teil I“ steht aus Sicht der SPD unter der Prämisse, dass in den Mehrfamilienhäusern mindestens 25 % der Wohnungen für den staatlich geförderten Wohnungsbau zu reservieren sind.

Zum **Neubau der Turmbergschule** auf dem Festplatz wurde ein Projektsteuerer beauftragt, der in diesem Jahr das Ergebnis der ersten Stufe erarbeiten soll. Hierbei geht es um die

Flächen- und Kostenermittlung in Abstimmung mit dem pädagogischen Konzept sowie Finanzierung und Fördermittel. Auf dieser Grundlage soll dann eine Entscheidung über die Vergabe der weiteren Stufen erfolgen. Aufgrund des steigenden Platzbedarfs der Schule sehen wir einer zügigen Umsetzung des Grundsatzbeschlusses entgegen. **Zur Gewährleistung der Finanzierbarkeit sollte versucht werden die Gesamtkosten für den Schulneubau auf höchstens 50 Mio. Euro zu deckeln.**

Für das jahrzehntelang umstrittene **Baugebiet „Kirchberg-Mittelweg“** ist jetzt die Erschließungsplanung vergeben worden. Auf die Gemeinde werden hier in den nächsten Jahren erhebliche Mehrausgaben zukommen, die wir nach der vor dem Verwaltungsgerichtshof BW erstrittenen Zulässigkeit des Bebauungsplans leider nicht mehr verhindern können. Heute würden wir uns keinesfalls an eine solche Bebauung mit einer weiteren Planstraße und erheblichen Stützungsmaßnahmen aufgrund der Hanglage herantrauen.

Was die Vereinszuschüsse betrifft, möchten wir seitens der SPD-Fraktion eine ganz klare Aussage treffen: Mit uns wird es keine außerordentlichen Gebührenerhöhungen bzw. Kürzungen bei den Vereinszuschüssen geben.

So viel in aller Kürze zum diesjährigen Ergebnishaushalt.

Die SPD-Fraktion stimmt dem für 2025 vorliegenden Haushaltsplan und den beiden Wirtschaftsplänen unserer Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu. Trotz hoher Investitionen im Bereich Erschließungen des Gewerbegebietes Sandfeld, des Baugebietes Kirchberg-Mittelweg und des Neubaus des Hochbehälters Kirchberg sowie beim Abwasser in die Kanalisation bleiben die jeweiligen Gebührensätze unverändert.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger. Lassen Sie mich noch einen kurzen Bogen zum Beginn meiner Haushaltsrede spannen:

Eine kleine Gemeinde wie Weingarten muss immer kräftiger rudern, um in den immer höherschlagenden Wellen, die das Weltgeschehen und die Politik mit sich bringen, nicht zu kentern und Schiffbruch zu erleiden. Wir, alle Fraktionen des Gemeinderats, sitzen hier mit den Weingartener Bürgerinnen und Bürgern in **einem Boot**. Nur gemeinsam und miteinander werden wir die Zukunft meistern können. Bitte lasst uns das nie vergessen – auch wenn es in der Sache an der einen oder anderen Stelle einmal unterschiedliche Meinungen geben wird. Wir sollten immer versuchen, die Probleme aus der Mitte der Gesellschaft herauszulösen, damit auch zukünftig die immer lauter werdenden Spalter und Populisten mit ihren oft menschenverachtenden Ansichten in der Gemeinde Weingarten nichts verloren haben.

Mit dieser Hoffnung möchte ich meine diesjährige Haushaltsrede beenden.

Bedanken möchten wir uns recht herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Weingarten und unserem Bürgermeister Eric Bänziger, für ihre in 2024 geleistete Arbeit. Die vielen Projekte und Baustellen stellen die Beschäftigten der Gemeinde – ob in der Verwaltung, dem Bauhof, beim Forst oder in der Wasser- bzw. Abwasserversorgung - weiterhin vor große Aufgaben. Besonderen Dank an die Kämmerei, die gemeinsam mit den Ausschüssen des Gemeinderates konstruktiv an der Gestaltung der Sparbeiträge mitgewirkt hat.

Und wie immer möchte ich an dieser Stelle auch ein Dankeschön an alle Einwohner richten, die durch ihr vielfältiges ehrenamtliches Engagement unser Weingarten zu einem so lebens- und liebenswerten Ort machen.





Impressum

Herausgeber:

Gemeinde Weingarten (Baden)
Telefon 07244-70200,
Verantwortlich für den Inhalt
ist der Bürgermeister

